



LAND
BRANDENBURG

Haushaltsplan 2005/2006

Band XVI

Einzelplan 20

Allgemeine Finanzverwaltung

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort zum Einzelplan 20	4
Einnahmen und Ausgaben Einzelplan 2005	6
Einnahmen und Ausgaben Einzelplan 2006	8
Kapitel 20 010 Steuern	10
Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen	16
Kapitel 20 030 Kommunalen Finanzausgleich	35
Kapitel 20 040 Hochwasserkatastrophe 2002	42
Kapitel 20 610 Kapitalvermögen	46
Kapitel 20 630 Liegenschaftsvermögen	51
Kapitel 20 650 Schuldenverwaltung	71
Kapitel 20 710 Versorgung	75
Verpflichtungsermächtigungen des Einzelplans 2005	83
Verpflichtungsermächtigungen des Einzelplans 2006	84
Landeseigene und geleaste Dienstfahrzeuge des Einzelplanes	85

VORWORT

Der Einzelplan 20 "Allgemeine Finanzverwaltung" gehört zum Geschäftsbereich des Ministeriums der Finanzen. In ihm sind die Einnahmen und Ausgaben, die nicht dem Geschäftsbereich eines einzelnen Ministeriums zuzuordnen sind, sondern die Gesamtheit der Landesverwaltung betreffen, nachgewiesen. Hierbei handelt es sich im wesentlichen um folgende Bereiche:

Steuereinnahmen,
Finanzausgleich mit Bund und Ländern,
Kommunalfinanzen einschl. kommunaler Finanzausgleich (zusammen mit dem Ministerium des Innern),
Vermögen und Schulden, Versorgung.

Das Ministerium der Finanzen bedient sich zur Durchführung dieser Aufgaben, soweit sie nicht im Ministerium unmittelbar bearbeitet werden, der ihm nachgeordneten Teile des Technischen Finanzamtes, der Zentralen Bezügestelle des Landes Brandenburg, des Landesamtes zur Regelung offener Vermögensfragen sowie der Liegenschafts- und Bauämter.

Im einzelnen wird auf die nachfolgenden besonderen Ausführungen zu den Kapiteln und auf die Erläuterungen verwiesen.

Zu Kapitel 20 010 - Steuern -

Im Kapitel 20 010 werden alle dem Land zustehenden Steuereinnahmen nachgewiesen.

Für das Haushaltsjahr 2005 werden Steuereinnahmen veranschlagt in Höhe	4.338.500.000 EUR
von	
Für das Haushaltsjahr 2006 werden Steuereinnahmen veranschlagt in Höhe	4.483.500.000 EUR
von	

Im Nachtragshaushalt für 2004 wurden Steuereinnahmen veranschlagt in Höhe	
von	4.347.200.000 EUR

Zu Kapitel 20 020 - Allgemeine Bewilligungen -

Im Kapitel 20 020 sind alle Sonstigen, nicht unter die Zweckbestimmung der anderen Kapitel des Einzelplans fallenden Einnahmen und Ausgaben, veranschlagt.

Zu Kapitel 20 030 - Kommunaler Finanzausgleich -

Das Kapitel enthält die Leistungen des Landes an die Gemeinden und Landkreise im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs (Steuerverbund und sonstige Leistungen).

Den Berechnungen wurden zugrunde gelegt:

Für das Haushaltsjahr 2005:

- zu erwartende Steuereinnahmen Brandenburgs (abzüglich Ausgleich für Steuerausfälle Familienleistungsausgleich von 67.400.000 EUR und der Einnahmen Feuerschutzsteuer von 8.000.000 EUR)	4.263.100.000 EUR
- Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich	590 000 000 EUR
- Fehlbetrags - Bundesergänzungszuweisungen	224 000 000 EUR
- Sonderbedarfs - Bundesergänzungszuweisungen	1 509.000 000 EUR
Zusammen	6.586.100.000 EUR

Unter Anwendung der Verbundquote für die Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen (40 vH) sowie der Verbundquote für die allgemeinen Grundlagen (20 vH) ergibt sich daraus (einschließlich der Berücksichtigung von +20.000 TEUR aus der Steuerabrechnung 2004) eine verfügbare Finanzmasse im Rahmen des Steuerverbundes

in Höhe von 1 639 020 000 EUR

Sie erhöht sich durch den Familienleistungsausgleich sowie zusätzliche Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen für Hartz IV und sonstige Zuweisungen im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs

auf insgesamt 2.156.631.600 EUR

Für das Haushaltsjahr 2006:

- zu erwartende Steuereinnahmen Brandenburgs (abzüglich Ausgleich für Steuerausfälle Familienleistungsausgleich von 70.400.000 EUR und der Einnahmen Feuerschutzsteuer von 8.000.000 EUR)	4.405.100.000 EUR
- Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich	600 000 000 EUR
- Fehlbetrags - Bundesergänzungszuweisungen	230 000 000 EUR
- Sonderbedarfs - Bundesergänzungszuweisungen	1 501.600 000 EUR
Zusammen	6.736.700.000 EUR

Unter Anwendung der Verbundquote für die Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen (40 vH) sowie der Verbundquote für die allgemeinen Grundlagen (20 vH) ergibt sich daraus (einschließlich der Berücksichtigung von -1.166 TEUR aus den Steuerabrechnungen 2003/2004) eine verfügbare Finanzmasse im Rahmen des Steuerverbundes

in Höhe von

1 646 494 000 EUR

Sie erhöht sich durch den Familienleistungsausgleich (einschließlich der Berücksichtigung von -5.588 TEUR aus den Abrechnungen 2003/2004), zusätzliche Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen für Hartz IV sowie sonstige Zuweisungen im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs und unter Berücksichtigung des Konsolidierungsbeitrages zum Landeshaushalt

auf insgesamt

2.111.757.900 EUR

Darüber hinaus werden die Gemeinden am Aufkommen der Einkommen- und Lohnsteuer, der Zinsabschlagsteuer sowie der Umsatzsteuer beteiligt.

Zu Kapitel 20 040 – Hochwasserkatastrophe 2002

Im Kapitel 20 040 sind alle Einnahmen und Ausgaben im Zusammenhang mit der Umsetzung des Flutopfersolidaritätsgesetzes (Fonds „Aufbauhilfe“) veranschlagt.

Zu Kapitel 20 610 - Kapitalvermögen -

Im Kapitel 20 610 werden insbesondere die Zuweisungen an die Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH – FBS (früher: Berlin Brandenburg Flughafen Holding GmbH -BBF), die Ausgaben für den Erwerb von Beteiligungen, die Kapitalzuführung an die Landesentwicklungsgesellschaft i.L. sowie die Inanspruchnahme aus Bürgschaften nachgewiesen.

Zu Kapitel 20 630 - Liegenschaftsvermögen -

Im Kapitel 20 630 werden die Einnahmen und Ausgaben aus der Verwaltung der Liegenschaften der Allgemeinen Finanzverwaltung und der Landesbehördenzentren ausgewiesen.

Der Landtag hat am 31.03.2004 mit dem "Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Verwertung der Liegenschaften der Truppen die Auflösung des "Grundstücksfonds Brandenburg" zum 31.12.2004 und die Überführung des Vermögens in den Landeshaushalt beschlossen. Dieser abgegrenzte Vermögensbestand des Sondervermögens Grundstücksfonds wurde nach den einzelnen Aufgabenfeldern in folgenden Titelgruppen ab 2005 in den Haushaltsplan aufgenommen:

Titelgruppe 65 – WGT - Liegenschaftsvermögen im AGV

Titelgruppe 66 - Bodenreformvermögen aus der Durchsetzung der Ansprüche (LgBÄ)

Titelgruppe 67 - Verwaltung und Verwertung der Liegenschaften des Bodenreformvermögens.

Zu Kapitel 20 650 - Schuldenverwaltung -

In diesem Kapitel sind die Einnahmen aus der Kreditaufnahme des Landes Brandenburg enthalten. Die Ausgaben für die Schuldentilgung des Landes sind aus dem Kreditfinanzierungsplan ersichtlich.

Zu Kapitel 20 710 - Versorgung -

Die genaue Höhe der Versorgungsleistungen steht noch nicht fest. Die Ansätze beruhen auf Hochrechnungen/Schätzungen. Seit 1996 sind hier auch die Erstattungen an den Bund für Sonder- und Zusatzversorgungssysteme veranschlagt.

Übersicht über die Zahl der Versorgungsempfänger des Einzelplans

Im Einzelplan 20 sind keine Aufwendungen für Versorgungsempfänger veranschlagt.

Haushaltsübersicht 2005

Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Kapitel

Kapitel	Einnahmen					Ausgaben
	0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	Summe Einnahmen	4 Personalausgaben
	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
1	2	3	4	5	6	7
20010	4.338.500.000				4.338.500.000	
20020	6.612.800	44.173.000	2.583.023.100		2.633.808.900	126.444.700
20030						
20040						
20610		5.696.000			5.696.000	
20630		27.585.600		28.278.000	55.863.600	
20650				971.376.000	971.376.000	
20710		600.000	6.616.300		7.216.300	10.384.800
Summe 2005	4.345.112.800	78.054.600	2.589.639.400	999.654.000	8.012.460.800	136.829.500
Summe 2004	4.352.909.000	68.179.100	2.357.153.500	1.122.456.400	7.900.698.000	6.874.500
Vgl. zu 2004	-7.796.200	+9.875.500	+232.485.900	-122.802.400	+111.762.800	+129.955.000

Haushaltsübersicht 2005

Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Kapitel

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	9 Besondere Finanzierungs- ausgaben	Summe Ausgaben	
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
8	9	10	11	12	13	14
30.964.700	70.135.000		1.512.800	1.364.800	230.422.000	+4.338.500.000
	1.824.651.600		331.980.000		2.156.631.600	+2.403.386.900
150.000			85.010.000		85.160.000	-2.156.631.600
35.578.600	1.690.000		3.973.600	20.969.000	62.211.200	0
813.040.500	408.389.000				813.040.500	-79.464.000
					418.773.800	-6.347.600
879.733.800	2.304.865.600		422.476.400	22.333.800	3.766.239.100	+4.246.221.700
883.427.500	2.011.993.900		316.519.700	86.987.800	3.305.803.400	+4.594.894.600
-3.693.700	+292.871.700		+105.956.700	-64.654.000	+460.435.700	-348.672.900

Haushaltsübersicht 2006

Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Kapitel

Kapitel	Einnahmen					Ausgaben
	0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	1 Verwaltungsein- nahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenauf- nahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungs- einnahmen	Summe Einnahmen	4 Personal- ausgaben
	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
1	2	3	4	5	6	7
20010	4.483.500.000				4.483.500.000	
20020	6.732.600	44.213.000	2.591.698.100		2.642.643.700	204.875.000
20030						
20040						
20610		5.696.000			5.696.000	
20630		24.805.600		23.839.000	48.644.600	
20650				826.386.100	826.386.100	
20710		600.000	7.041.500		7.641.500	11.543.400
Summe 2006	4.490.232.600	75.314.600	2.598.739.600	850.225.100	8.014.511.900	216.418.400
Summe 2005	4.345.112.800	78.054.600	2.589.639.400	999.654.000	8.012.460.800	136.829.500
Vgl. zu 2005	+145.119.800	-2.740.000	+9.100.200	-149.428.900	+2.051.100	+79.588.900

Haushaltsübersicht 2006

Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Kapitel

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	9 Besondere Finanzierungs- ausgaben	Summe Ausgaben	
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
8	9	10	11	12	13	14
28.444.500	73.727.800 1.781.405.900		3.633.000 330.352.000	1.420.000	312.100.300 2.111.757.900	+4.483.500.000 +2.330.543.400 -2.111.757.900 0
29.000			88.010.000		88.039.000	-82.343.000
30.897.300	1.200.000		3.633.000	19.614.000	55.344.300	-6.699.700
852.416.500	401.929.200				852.416.500 413.472.600	-26.030.400 -405.831.100
911.787.300	2.258.262.900		425.628.000	21.034.000	3.833.130.600	+4.181.381.300
879.733.800	2.304.865.600		422.476.400	22.333.800	3.766.239.100	+4.246.221.700
+32.053.500	-46.602.700		+3.151.600	-1.299.800	+66.891.500	-64.840.400

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2006
			Ist 2003	Angaben in EUR	

Erläuterungen:

Vorbemerkung:

Die einzelnen Steueransätze für den Haushaltsplan 2005/2006 sind auf der Grundlage der Schätzungen des Bund-Länderarbeitskreises "Steuerschätzung" vom November 2004 ermittelt worden. Die gesamten dem Land zustehenden Steuereinnahmen werden veranschlagt

für das Haushaltsjahr 2005 mit: 4.338.500.000 EUR

für das Haushaltsjahr 2006 mit: 4.483.500.000 EUR

Einnahmen

HGr. 0: Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel

011 10	910	Lohnsteuer (Landesanteil)	947.200.000	865.000.000	900.000.000
			941.542.550		

Erläuterungen:

Das gesamte Lohnsteueraufkommen im Land Brandenburg (einschl. der Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung) wird geschätzt

für 2005: 2.035.295.000 EUR

für 2006: 2.117.650.000 EUR

Davon erhalten der Bund 42,5 v.H. und die Gemeinden 15 v.H.. Dem Land verbleiben 42,5 v.H.

für 2005: 865.000.000 EUR

für 2006: 900.000.000 EUR

012 10	910	Veranlagte Einkommensteuer (Landesanteil)	-335.000.000	-275.000.000	-285.000.000
			-285.169.449		

Erläuterungen:

Das gesamte Einkommensteueraufkommen (gekürzt um die ausgezahlten Investitionszulagen, Eigenheimzulagen und sonstigen Erstattungen) im Land Brandenburg wird geschätzt

für 2005: - 647.058.800 EUR

für 2006: - 670.588.000 EUR

Davon entfallen auf den Bund und das Land jeweils 42,5 v.H. und auf die Gemeinden 15 v.H.. Von den zu erwartenden Erstattungen muss das Land ebenfalls 42,5 v.H. übernehmen.

Insgesamt erhält das Land einen Betrag von

für 2005: - 275.000.000 EUR

für 2006: - 285.000.000 EUR

013 10	910	Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag (Landesanteil)	17.500.000	20.000.000	17.000.000
			17.788.508		

Erläuterungen:

Das gesamte Aufkommen aus den nichtveranlagten Steuern vom Ertrag wird geschätzt

für 2005: 40.000.000 EUR

für 2006: 34.000.000 EUR

Davon erhält das Land die Hälfte, einen Betrag von

für 2005: 20.000.000 EUR

für 2006: 17.000.000 EUR

014 10	910	Körperschaftsteuer (Landesanteil)	-10.000.000	95.000.000	90.000.000
			-14.166.574		

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 010 Steuern

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2006
			Ist 2003	Angaben in EUR	

noch zu 014 10

Erläuterungen:

Das gesamte Körperschaftsteueraufkommen (gekürzt um die ausgezahlten Investitionszulagen) im Land Brandenburg wird (einschl. der Einnahmen aus der KöStZerlegung) geschätzt
 für 2005: 190.000.000 EUR
 für 2006: 180.000.000 EUR

Davon erhält der Bund 50 v.H.; dem Land verbleiben 50 v.H.
 für 2005: 95.000.000 EUR
 für 2006: 90.000.000 EUR

015 10	910	Umsatzsteuer (Landesanteil)	2.754.850.000	2.684.000.000	2.795.000.000
			2.655.546.936		

Erläuterungen:

Die Verteilung der Umsatzsteuer zwischen Bund und Ländern richtet sich nach § 1 des Finanzausgleichsgesetzes vom 20.12.2001 in der Fassung von Artikel 30 des vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 24.12.2003. Die Gemeinden sind an Einnahmen aus der Umsatzsteuer zu beteiligen.

Der auf das Land Brandenburg entfallende Anteil an der Umsatzsteuer wird geschätzt
 für 2005: 2.684.000.000 EUR
 für 2006: 2.795.000.000 EUR

016 10	910	Einfuhrumsatzsteuer (Landesanteil)	486.150.000	476.000.000	495.000.000
			496.174.959		

Erläuterungen:

Von dem geschätzten Aufkommen an Einfuhrumsatzsteuer stehen dem Land zu
 für 2005: 476.000.000 EUR
 für 2006: 495.000.000 EUR

017 10	910	Gewerbsteuerumlage (Landesanteil)	40.000.000	29.000.000	25.000.000
			39.314.117		

018 10	910	Zinsabschlagsteuer	50.000.000	22.000.000	24.000.000
			34.645.377		

Erläuterungen:

Das gesamte Aufkommen aus der Zinsabschlagsteuer (nach Zerlegung) in Brandenburg wird geschätzt
 für 2005: 50.000.000 EUR
 für 2006: 54.545.500 EUR

Davon erhalten der Bund 44 v.H. und die Gemeinden 12 v.H.. Dem Land verbleiben 44 v.H.
 für 2005: 22.000.000 EUR
 für 2006: 24.000.000 EUR

052 10	910	Erbschaftsteuer	9.000.000	9.000.000	8.000.000
			11.824.567		

053 10	910	Grunderwerbsteuer	94.000.000	90.000.000	88.000.000
			99.695.894		

054 10	910	Kraftfahrzeugsteuer	229.000.000	263.000.000	265.000.000
			221.150.777		

055 10	910	Totalisatorsteuer	500.000	500.000	500.000
			442.044		

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 20 020 Titel 685 10.

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 010 Steuern

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2006
			Ist 2003		

Angaben in EUR

056 10	910	Andere Rennwettsteuern	0	0	0
			0		

057 10	910	Lotteriesteuer	38.000.000	44.000.000	45.000.000
			41.472.640		

Erläuterungen:

Lotteriesteuern aus

- Land Brandenburg Lotto
- Nordwestdeutsche Klassenlotterie
- Ostdeutscher-Sparkassen-Lotterie-Verein

Die im Rahmen des PS-Lotterie-Sparens auf gekommenen Steuereinnahmen beinhalten einen Verwaltungskostenanteil von 5 v.H.. Das restliche Aufkommen wird an die neuen Bundesländer entsprechend der Anzahl der verkauften Lose abgeführt.

058 10	910	Sportwettsteuer	0	0	0
			0		

059 10	910	Feuerschutzsteuer	8.000.000	8.000.000	8.000.000
			8.519.545		

Das Steueraufkommen ist vorrangig zur Leistung von Ausgaben bei den Kapiteln 03 710 und 03 750 zu verwenden.

Erläuterungen:

Die Feuerschutzsteuer wird vorrangig zur Förderung des Feuerlöschwesens und des vorbeugenden Brandschutzes und für Ausgaben und Einrichtungen des Landes auf diesem Gebiet verwendet. Die Ausgaben für den Feuerschutz sind im Einzelplan 03 - Kapitel 03 710 und 03 750 - veranschlagt.

Ausgaben auf diesem Gebiet können auch aus der Investitionspauschale im Rahmen des Finanzausgleichsgesetzes geleistet werden.

061 10	910	Biersteuer	18.000.000	8.000.000	8.000.000
			11.212.329		

Erläuterungen:

Aufgrund der Wiederanwendung der Bestimmungen des am 02.12.1890 zwischen dem Deutschen Reich und Österreich/ Ungarn geschlossenen Vertrages über den Anschluss der österreichischen Gemeinde Mittelberg (Kleines Walsertal) an das Zollsystem des Deutschen Reiches erhält Österreich eine Abrechnung seines Einnahmeanteils an den Zöllen und Verbrauchssteuern. In dem Abgeltungsbetrag ist auch ein Biersteueranteil enthalten, der dem Bund von den Ländern, denen das Biersteueraufkommen nach Art. 106 Abs. 2 Nr. 5 GG zusteht, erstattet werden muss. Der Anteil Brandenburgs beträgt ca. 100 EUR. Die Verrechnung aus diesem Titel erfolgt jährlich gegenüber dem BMF.

069 10	910	Sonstige Steuern	0	0	0
			245.882		

Summe HGr. 0:	4.347.200.000	4.338.500.000	4.483.500.000
---------------	---------------	---------------	---------------

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

213 10	910	Anteil der Kommunen zum nationalen Solidaritätsfonds "Aufbauhilfe"	0	0	0
			0		

Summe HGr. 2:	0	0	0
---------------	---	---	---

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

Weggefallene oder umgesetzte Titel

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 010 Steuern

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2006
			Ist 2003	Angaben in EUR	
(371 10)	989	Globale Mehreinnahmen	0		
			0		
(372 20)	910	Globale Mindereinnahme bei Steuern	0		
			0		
Summe HGr. 3:			0	0	0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2006
			Ist 2003		
Angaben in EUR					

Ausgaben

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

634 10	910	Zuweisungen (konsumtiv) des Landes zum nationalen Solidaritätsfonds "Aufbauhilfe"	0	0	0
			19.890.000		

Summe HGr. 6:	0	0	0
---------------	----------	----------	----------

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

884 10	910	Zuweisungen (investiv) des Landes zum nationalen Solidaritätsfonds "Aufbauhilfe"	0	0	0
			68.110.000		

Summe HGr. 8:	0	0	0
---------------	----------	----------	----------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2006
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 0	Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	4.347.200.000	4.338.500.000	4.483.500.000
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	0	0	0
Gesamteinnahme		4.347.200.000	4.338.500.000	4.483.500.000

Ausgaben

HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0
Gesamtausgabe		0	0	0

Überschuss (+) / Zuschuss (-)		4.347.200.000	4.338.500.000	4.483.500.000
--------------------------------------	--	----------------------	----------------------	----------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2006
			Ist 2003		
Angaben in EUR					

Erläuterungen:

Die Einnahmen Brandenburgs aus dem bundesstaatlichen Finanzausgleich bestehen aus der Umsatzsteuerverteilung und den Ausgleichszahlungen der anderen Bundesländer im Rahmen des Länderfinanzausgleichs (LFA). Der Bund gewährt ergänzend hierzu Bundesergänzungszuweisungen zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs.

Einnahmen

HGr. 0: Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel

093 10	910	Spielbankabgabe und Zusatzleistungen	5.709.000	6.612.800	6.732.600
			7.029.439		

Siehe Vermerk bei Kapitel 20 020 Titelgruppe 80.

Erläuterungen:

Gemäß Gesetz über die Zulassung öffentlicher Spielbanken im Land Brandenburg (Spielbankgesetz - SpielbG) vom 22.05.1996 ist der Spielbankunternehmer verpflichtet, eine Spielbankabgabe an das Land zu entrichten. Von dem Aufkommen der Spielbankabgabe erhalten die Gemeinden einen angemessenen Anteil gem. § 4 Abs. 7 des Spielbankengesetzes. Die Kosten für die Spielbankaufsicht werden beim Kapitel 12 050 nachgewiesen. Im Land Brandenburg wird seit 1998 eine Spielbank in Cottbus und seit 2002 eine weitere in Potsdam betrieben. Der Ansatz beruht auf den Umsatzerwartungen der Brandenburgischen Spielbanken GmbH & CoKG.

Summe HGr. 0:	5.709.000	6.612.800	6.732.600
---------------	------------------	------------------	------------------

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

119 10	011	Sonstige Einnahmen	0	0	0
			4.089		

Erläuterungen:

Abführungen der Landeshauptkasse von Gutschriften nicht zu ermittelnder Einzahler; ferner Verrechnung von Beträgen aus Altfällen nach ehemaligen DDR-Recht.

119 25	910	Einnahmen aus Zinszahlungen nach dem Investitionsförderungsgesetz Aufbau Ost (IfG)	0	0	0
			21.152		

Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 546 25 verwendet werden.

Erläuterungen:

Zinseinnahmen aus der nicht fristgerechten oder nicht zweckentsprechenden Verwendung der Kommunalen Investitionspauschale aus Mitteln des Investitionsförderungsgesetzes Aufbau Ost (IfG).

123 10	856	Gewinnanteile aus der Nordwestdeutschen Klassenlotterie	790.000	767.000	811.000
			860.993		

Erläuterungen:

Der Ansatz beruht auf den Ertragsersparungen der Nordwestdeutschen Klassenlotterie.

123 20	856	Einnahmen aus der Konzessionsabgabe Lotto	38.350.000	42.500.000	42.500.000
			42.465.991		

Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei Kapitel 20 020 Titel 685 59, gem. Sportförderungsgesetz zur Deckung der Ausgaben i.H.v. 14.420.700 EUR für 2005 und i.H.v. 13.541.400 EUR für 2006 (36 vH) bei Kapitel 05 810 und in 2005 und 2006 bei Kapitel 02 010 Titel 633 20.

Aus Ausgaberesten der Vorjahre werden 2005 Ausgaben bei Kapitel 05 810 Titel 893 61 (Goldener Plan Ost) i.H.v. 1.180.000 EUR bestritten.

Der Betrag für die Sportförderung ist wegen der Abführungsverpflichtung aus dem Staatsvertrag über die Regionalisierung von Teilen der von den Unternehmen des Deutschen Lotto- und Totoblocks erzielten Einnahmen für das Haushaltsjahr 2005 um 879.300 EUR und für das Haushaltsjahr 2006 um 1.758.600 EUR gemindert.

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2006
			Ist 2003	Angaben in EUR	

noch zu 123 20

Erläuterungen:

Die Spielarten (Zahlenlotto, Ergebnis- und Auswahlwetten, Spiel 77, Super 6 sowie Rubbellotterie / Brieflose) werden in Form von nichtstaatlichen Lotterien durch die Land Brandenburg Lotto GmbH im eigenen Namen und für eigene Rechnung gegen eine Konzessionsabgabe durchgeführt. Die Konzessionsabgabe beträgt grundsätzlich 20 vH der Umsätze. Bis 2006 stellen die Länder dem DFB jährlich 12 vH der das Ergebnis des Veranstaltungsjahres 2001 übersteigenden Gesamtsumme der Wetteinsätze aus den ODDSET-Sportwetten für gemeinnützige Zwecke im Zusammenhang mit der Veranstaltung der FIFA-Fußball-Weltmeisterschaft Deutschland 2006 zur Verfügung. Für Brandenburg handelt es sich voraussichtlich um einen Betrag von insgesamt ca. 400.000 EUR.

132 10	061	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	0	6.000	2.000
			0		

Erläuterungen:

		2005	2006
		EUR	EUR
1.	Erlöse aus dem Verkauf von Kraftfahrzeugen	6.000	2.000
2.	Erlöse aus dem Verkauf von sonstigen beweglichen Sachen	0	0
Summe		6.000	2.000

Die Einnahmen sind veranschlagt für Erlöse aus der Veräußerung landeseigener Kraftfahrzeuge:
Im Haushaltsjahr 2005: 3 PKW (6 TEUR) aus dem Bestand Kapitel 20 630.

Im Haushaltsjahr 2006: 1 PKW (2 TEUR) aus dem Bestand Kapitel 20 630.

2005: Mehr wegen erhöhter Aussonderungen aufgrund des technischen Zustands der Fahrzeuge sowie Zusammenführung der Liegenschafts- und Bauverwaltung.

162 10	872	Zinseinnahmen aus den Geldanlagen der Landeshauptkasse	900.000	900.000	900.000
			3.728.969		

Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 571 10.

Erläuterungen:

Für die Anlage zeitweilig freier Kassenmittel und für die Zinserträge der laufenden Konten.
Der Ansatz ist geschätzt.

Summe HGr. 1:		40.040.000	44.173.000	44.213.000
---------------	--	-------------------	-------------------	-------------------

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

211 10	910	Ergänzungszuweisungen des Bundes zum Ausgleich von Fehlbeträgen	250.000.000	224.000.000	230.000.000
			247.474.558		

Erläuterungen:

Fehlbetrags--Bundesergänzungszuweisung zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs nach § 11 Abs. 2 Finanzausgleichsgesetz.

211 11	910	Ergänzungszuweisungen des Bundes für Kosten politischer Führung	83.900.000	55.220.000	55.220.000
			83.851.868		

Erläuterungen:

Sonderbedarfs--Bundesergänzungszuweisungen aufgrund überdurchschnittlich hoher Kosten politischer Führung und der zentralen Verwaltung gemäß § 11 Abs. 3 Finanzausgleichsgesetz.

211 12	910	Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen	1.493.500.000	1.508.998.000	1.501.673.000
			1.493.483.584		

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2006
			Ist 2003		

Angaben in EUR

noch zu 211 12

Erläuterungen:

Hier sind die Mittel entsprechend Artikel 33 § 11 Abs. 4 des Gesetzes zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms (Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern) zum Abbau teilungsbedingter Sonderbelastungen sowie zum Ausgleich unterproportionaler Finanzkraft (Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen) veranschlagt.

211 40 neu	910	Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen nach dem 4. Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Hartz 4)		190.000.000	190.000.000
----------------------	-----	--	--	--------------------	--------------------

Erläuterungen:

Gem. Artikel 30 des 4. Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt erhält das Land Brandenburg zum Ausgleich von Sonderlasten durch die strukturelle Arbeitslosigkeit und der daraus entstehenden überproportionalen Lasten bei der Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe jährliche Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen.

212 10	910	Zuweisungen von anderen Ländern nach Artikel 107 Abs. 2 des Grundgesetzes	515.000.000 499.898.000	590.000.000	600.000.000
---------------	-----	--	-----------------------------------	--------------------	--------------------

Ausgaben können von der Einnahme abgesetzt werden.

Erläuterungen:

Einnahmen aus dem (horizontalen) Länderfinanzausgleich.

233 10	910	Kommunaler Anteil an der Finanzierung der Altschulden gesellschaftlicher Einrichtungen	7.311.500 7.311.500	13.405.100	13.405.100
---------------	-----	---	-------------------------------	-------------------	-------------------

Erläuterungen:

Die Ausgaben leistet das Land bei Kapitel 20 020 Titel 631 12.

235 10	011	Sonstige Zuweisungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit	0 0	0	0
---------------	-----	---	---------------	----------	----------

Erläuterungen:

Der Titel dient der haushaltstechnischen Verrechnung der bei allen Einzelplänen eingehenden Mittel von der Bundesagentur für Arbeit.

261 10	061	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	1.000.000 1.173.500	1.000.000	1.000.000
---------------	-----	--	-------------------------------	------------------	------------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Beträge für die Erhebung der Kirchensteuer (3 v.H. des geschätzten Aufkommens 2004) durch die Finanzämter.

298 10	871	Einnahmen aus Erbschaften des Fiskus	400.000 321.666	400.000	400.000
---------------	-----	---	---------------------------	----------------	----------------

Siehe Vermerk bei Titel 698 10.

Summe HGr. 2:			2.351.111.500	2.583.023.100	2.591.698.100
----------------------	--	--	----------------------	----------------------	----------------------

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

331 10	910	Zuweisungen des Bundes gemäß Investitionsförderungsgesetz Aufbau Ost	0 14.743	0	0
---------------	-----	---	--------------------	----------	----------

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2006
			Ist 2003	Angaben in EUR	

noch zu 331 10

Erläuterungen:

Gemäß Artikel 2 des Solidarpaktfortführungsgesetzes werden die nach dem Investitionsförderungsgesetz Aufbau Ost zur Verfügung stehenden Mittel als Sonderbedarfs-Ergänzungszuweisungen gewährt.
 Bis Ende 2004 können bisher nicht in Anspruch bzw. abgerufene Mittel im Rahmen der bisherigen Bedingungen eingesetzt werden.

359 10	950	Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget	0	0	0
			1.332.169		

359 14	011	Entnahme aus der Rücklage aus der Verschiebung des Auszahlungszeitpunktes der Arbeitnehmerbezüge gemäß den 'Eckpunkten zu einem Solidarpakt zwischen der Landesregierung und den Gewerkschaften' vom 11.08.2003		0	0
neu					

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(359 11)	011	Entnahme aus der Rücklage Personalbudget			
		Dieser Titel wurde umgesetzt nach 12 020/359 11 (Ist 2003: 106.076Euro, Ansatz 2004: 0Euro).			
(371 10)	989	Globale Mehreinnahme LFA und BEZ	0		
			0		
(372 20)	910	Globale Mindereinnahme aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen			
			0		

Summe HGr. 3:			0	0	0
----------------------	--	--	----------	----------	----------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2006
			Ist 2003		
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Einnahmen

TGr. 99 Kosten der Datenverarbeitung (Informationstechnik)

Siehe Vermerk bei Titelgruppe 99.

Erläuterungen:

Zentrale Veranschlagung von Haushaltsmitteln für ressortübergreifende Maßnahmen zur Weiterentwicklung des Haushaltsaufstellungsverfahrens, Weiterentwicklung und Pflege der Mittelbewirtschaftung/Kassenwesen, für die Neuentwicklung des Bezügeverfahrens und die Zahlbarmachung der Bezüge sowie für die Einführung eines EDV-Systems für das technisch-operative Beteiligungscontrolling.

119 99	011	Vermischte Einnahmen	0	0	0
			0		

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(359 99)	950	Entnahme aus der Rücklage	0	0	0
			0		

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 99	0	0	0
-------------------------------------	----------	----------	----------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Einnahmen der Titelgruppen	0	0	0
--	----------	----------	----------

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Ist 2003	Ansatz 2005	Ansatz 2006
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 4: Personalausgaben

432 10	011	Versorgungsbezüge der Beamten und Richter sowie deren Hinterbliebener		0	0
neu					

Erläuterungen:

Umgesetzt von Kapitel 20 710 Titel 432 10.
Eine Übersicht über die Zahl der Versorgungsempfänger findet sich im Vorwort des Einzelplans.

441 20	940	Beihilfen aufgrund der Beihilfavorschriften	36.700.000	38.500.000	40.400.000
			35.340.525		

Erläuterungen:

Zentrale Veranschlagung der Beihilfen in Krankheitsfällen für Beamte. Die Beihilfen für Versorgungsempfänger sind bei Kapitel 20 710 Titel 446 10 bis 446 15 veranschlagt.

443 20	940	Fürsorgeleistungen im Bereich der Landesregierung	0	0	0
			0		

452 10	011	Personalbezogene Zahlungen an die Sozialversicherungsträger		0	0
neu					

Gemäß § 15 Abs. 1 Satz 4 LHO wird zugelassen, dass die für Dezember des Jahres erst im Folgejahr fälligen Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitnehmer zugunsten des laufenden Haushaltsjahres bei diesem Titel eingenommen werden.

Erläuterungen:

Der Titel dient der buchungstechnischen Realisierung der Verschiebung des Auszahlungszeitpunktes der Arbeitnehmerbezüge vom 15. auf den letzten des Monats und der daraus resultierenden Verschiebung der Fälligkeit der personalbezogenen Sozialversicherungsbeiträge, wie in den Tarifverhandlungen zwischen Arbeitgebern und den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in der Lohnrunde 2003 vereinbart.
Es handelt sich um eine zentrale Verrechnung für den gesamten Haushalt.

461 20	981	Zur Verstärkung der Personalausgaben in allen Einzelplänen	34.800.000	87.944.700	164.475.000
			0		

*Ausgaben für das Personalbudget der Einzelpläne dürfen aus diesem Ansatz verstärkt werden.
Bei Besoldungserhöhungsgesetzen ist der Finanzminister ermächtigt, bereits vor Verabschiedung des Gesetzes entsprechend dem Vorgehen des Bundes Abschlusszahlungen auf die zu erwartenden Erhöhungsbeträge zu leisten.*

Erläuterungen:

Der Titel ist zur Deckung von Personalmehrausgaben bestimmt, die aufgrund von Besoldungs- und Tarifierhöhungen oder aus anderen unabweisbaren Gründen in den Haushaltsjahren 2005 und 2006 entstehen und bei der Festsetzung der Personalausgaben in den einzelnen Kapiteln und Titeln des Landeshaushalts nicht berücksichtigt werden konnten.

462 10	989	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	-100.000.000	0	0
			0		

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(443 10)	061	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen			
----------	-----	---	--	--	--

Dieser Titel wurde umgesetzt nach 12 020/443 10 (Ist 2003: 984.8Euro, Ansatz 2004: 900Euro).

Summe HGr. 4:			-28.500.000	126.444.700	204.875.000
----------------------	--	--	--------------------	--------------------	--------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2006
			Ist 2003		
Angaben in EUR					

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

511 10	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	127.500 118.001	125.000	124.000
--------	-----	--	---------------------------	----------------	----------------

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 LHO wird zugelassen, dass Druckstücke über die Einnahmen und Ausgaben des Landes an Dritte unentgeltlich abgegeben werden.

Erläuterungen:

		2005 EUR	2006 EUR
1	Geschäftsbedarf	125.000	124.000
2	Bücher, Zeitschriften	0	0
3	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0	0
4	Sonstiges	0	0
Summe		125.000	124.000

511 20	011	Brief- und Paketgebühren, sonstige Fernmeldegebühren	25.800 21.212	0	0
--------	-----	---	-------------------------	----------	----------

Erläuterungen:

Weniger wegen Umsetzung nach Kapitel 20 020 Titel 546 15.

526 10	011	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	50.000 18.566	50.000	50.000
--------	-----	---	-------------------------	---------------	---------------

Das Ministerium der Finanzen wird ermächtigt, entsprechend des Bedarfs Mittel zur Bewirtschaftung ressortübergreifend zuzuweisen.

Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Titel 632 10.

Erläuterungen:

Die Mittel sind vorgesehen zur Erstellung externer Gutachten.

542 00	299	Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertenrecht - Sozialgesetzbuch-9. Buch	0 920.282	0	0
--------	-----	--	---------------------	----------	----------

Die Deckung der Ausgaben erfolgt aufgrund der bei Titel 542 10 in den Einzelplänen 01, 02, 03, 04, 05, 06, 07, 08, 10, 11, 12, 13, 14 und 20 ausgebrachten Haushaltsvermerke.

Erläuterungen:

Gemäß § 77 Abs. 1 SGB IX haben Arbeitgeber, solange sie die vorgeschriebene Zahl schwerbehinderter Menschen nicht beschäftigen, für jeden unbesetzten Pflichtplatz monatlich eine Ausgleichsabgabe zu entrichten; sie ist jährlich mit der Erstattung der Anzeige nach § 80 Abs. 2 SGB IX an das zuständige Integrationsamt abzuführen (§ 77 Abs. 2, 4 SGB IX). Da das Land als ein Arbeitgeber gilt (§ 77 Abs. 8 SGB IX), können Überbesetzungen mit Unterbesetzungen ressortübergreifend ausgeglichen werden.

546 10	910	Sonstiges	44.400 46.999	44.000	43.000
--------	-----	------------------	-------------------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Kosten sowie uneinbringliche Auslagen im Zusammenhang mit Vollstreckungsersuchen entsprechend Verwaltungsvollstreckungsgesetz (VwVG) für das Land Brandenburg an die Landkreise und kreisfreien Städte.

546 15	012	Entgelte für den Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg auf Grund von Servicevereinbarungen	1.134.000 0	1.674.400	1.674.400
--------	-----	---	-----------------------	------------------	------------------

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2006
			Ist 2003	Angaben in EUR	

noch zu 546 15

Erläuterungen:

Servicevereinbarungen mit dem LDS

		2005	2006
		EUR	EUR
1.	Dienstleistungen LDS- Mittelbewirtschaftung	1.134.000	1.134.000
2.	Dienstleistungen LDS - Kassenwesen	456.000	456.000
3.	Dienstleistungen LDS - TPVN-Abwicklung Sprachverkehr	84.400	84.400
Summe		1.674.400	1.674.400

Mehr wegen Servicevertrag Kassenwesen und Umsetzung von Kapitel 20 020 Titel 511 20.

546 20	299	Kosten für die subsidiäre Versicherung von freiwillig Engagierten	0	50.000
---------------	-----	--	----------	---------------

neu

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die gemäß Kabinettsbeschluss vom 14.09.2004 geschätzten Kosten für eine Landesrahmenunfallversicherung und eine Landesrahmenhaftpflichtversicherung für ehrenamtlich Tätige und freiwillig Engagierte, die nicht oder nicht ausreichend anderweitig gesetzlich oder freiwillig versichert sind.

546 25	910	Erstattung von Zinsrückzahlungen aus dem Investitionsförderungsgesetz Aufbau Ost (IfG)	0	0	0
---------------	-----	---	----------	----------	----------

0

Ausgaben dürfen nur in Höhe der bei Titel 119 25 aufkommenden Einnahmen geleistet werden.

Erläuterungen:

Gemäß § 6 VV-IfG sind dem Bund die Zinseinnahmen aus nicht zweckentsprechender und nicht fristgerechter Verwendung der Kommunalen Investitionspauschale aus Mitteln des Investitionsförderungsgesetzes Aufbau Ost (IfG) zu erstatten.

547 59	960	Sächliche Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit der Verwendung von Einnahmen aus der Lotto-Konzessionsabgabe für zweckbestimmte ressortübergreifende Vorhaben	0	0	0
---------------	-----	--	----------	----------	----------

4.803

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei Titel 685 59 geleistet werden.

549 20	989	Globale Minderausgabe für sächliche Verwaltungsausgaben	0	0	0
---------------	-----	--	----------	----------	----------

0

571 10	920	Zinsen für Kassenkredite	18.406.600	18.000.000	18.000.000
---------------	-----	---------------------------------	-------------------	-------------------	-------------------

5.660.437

Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Kapitel 20 650 Titel 575 10 und Titel 575 20.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 162 10 geleistet werden.

Haushaltsüberschreitungen infolge verstärkt notwendig werdender Aufnahmen von Kassenkrediten zur Überbrückung von Liquiditätsengpässen sind von den Vorschriften über die Vorlage von Nachtragshaushaltsplänen (§ 37 Abs. 1 LHO i.V. mit § 2 Abs. 7 Haushaltsgesetz) ausgenommen.

Erläuterungen:

Die Mittel sind bestimmt zur Deckung der Ausgaben für die Zinsbelastung der zeitweilig zur Sicherung der Liquidität notwendigen kurzfristigen Kassenverstärkungskredite.

aus Titelgruppen:	6.889.600	11.071.300	8.503.100
--------------------------	------------------	-------------------	------------------

Summe HGr. 5:	26.677.900	30.964.700	28.444.500
----------------------	-------------------	-------------------	-------------------

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

631 10	960	Erstattungen nach dem Finanzbereinigungsgesetz -DDR an den Bund	0	0	0
---------------	-----	--	----------	----------	----------

2.032.920

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2006
			Ist 2003	Angaben in EUR	

noch zu 631 10

Erläuterungen:

Die Haushaltsstelle wird zur Erfassung der Ist-Ausgaben noch beibehalten.

631 11	061	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an den Bund (BvS)	1.966.800	0	0
			0		

Erläuterungen:

Zur Abrechnung der Verwaltungsvereinbarung über die Verwaltung Liegenschaften Dritter und Schlussrechnung nach Entlastung durch die BvS.

631 12	910	Erstattungen an Bund für Zins- und Tilgungsleistungen für kommunale Altschulden	17.862.600	26.810.200	26.810.200
			17.862.522		

Erläuterungen:

Mehr weil für die Anschlussregelung des Altschuldenregelungsgesetzes ab 2005 die Verrechnung von Verbindlichkeiten kommunaler Altkredite für gesellschaftliche Einrichtungen aus dem Parteienvermögen über das Jahr 2004 hinaus nicht möglich ist. Die Erstattungsleistungen sind bis zum 31. Januar des jeweiligen Jahres direkt an den Bund zu zahlen.

632 10	011	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Länder	0	0	0
			0		

Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Titel 526 10.

632 20	856	Abführungen auf Grundlage des Staatsvertrages über die Regionalisierung von Teilen der von den Unternehmen des Deutschen Toto- und Lotto-Blocks erzielten Einnahmen		4.523.200	9.046.300
---------------	-----	--	--	------------------	------------------

neu

Erläuterungen:

Die Auswirkungen aus dem Staatsvertrag über die Regionalisierung - Inkrafttreten zum 01.07.2004 - werden kassenmäßig erstmals im Jahr 2005 wirksam.

636 10	223	Leistungen an Unfallversicherungsträger	16.500.000	16.500.000	16.500.000
			15.153.895		

Erläuterungen:

Für die gesetzlich unfallversicherten Beschäftigten des Landes sind seit 01.01.1998 Beiträge an die Unfallkasse Brandenburg zu zahlen.

684 10	153	Zuschüsse für laufende Zwecke der politischen Bildungsarbeit der den Parteien nahe stehenden Stiftungen und kommunalpolitischen Vereinigungen zur Heran- und Weiterbildung von Bürgern	1.000.000	984.000	915.000
			972.050		

Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Ist 2003	Ansatz 2005	Ansatz 2006
			Angaben in EUR		

noch zu 684 10

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Zuschüsse für laufende Zwecke der politischen Bildungsarbeit der den Parteien nahe stehenden Stiftungen und kommunalpolitischen Vereinigungen im Land Brandenburg. Die Mittel werden je zur Hälfte auf Stiftungen und kommunalpolitische Vereinigungen verteilt, die Parteien nahe stehen, welche dauerhafte, ins Gewicht fallende politische Grundströmungen repräsentieren und nach dem endgültigen Ergebnis der letzten drei Landtagswahlen oder bei der letzten Landtagswahl, der letzten Bundestagswahl und der letzten Europawahl mindestens 5 vom Hundert der im Land Brandenburg abgegebenen gültigen Zweitstimmen erreicht haben; die einer Partei nahe stehende kommunalpolitische Vereinigung kann auch dann gefördert werden, wenn die Partei im Landtag vertreten ist und in mindestens der Hälfte der Kreistage bzw. Stadtverordnetenversammlungen der kreisfreien Städte in Fraktionsstärke auf Grund eines eigenen Wahlvorschlags vertreten ist. Der Anteil am Gesamtbetrag bemisst sich je zur Hälfte nach dem Verhältnis der bei der letzten Landtagswahl im Land Brandenburg für die ihr nahe stehende Partei abgegebenen gültigen Erststimmen und Zweitstimmen. Erreicht eine Partei, deren parteinahe Stiftung bzw. deren ihr nahe stehende kommunalpolitische Vereinigung bereits gefördert wird, nicht die erforderliche Stimmenanzahl, so kann die entsprechende parteinahe Stiftung bzw. die ihr nahe stehende kommunalpolitische Vereinigung für die Dauer einer Wahlperiode den auf die Zweitstimmen entfallenden Anteil erhalten. Erreicht die Partei auch in der darauf folgenden Wahl nicht die erforderliche Stimmenanzahl, scheidet parteinahe Stiftung und kommunalpolitische Vereinigung aus der Finanzierung aus. Die parteirechtliche Selbständigkeit einer Organisation besteht nur dann, wenn sie die Voraussetzungen erfüllt, die im Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 14. Juli 1986 - 2 BvE 5/83 - aufgestellt sind. Dies ist in geeigneter Form nachzuweisen. Die Verwendung der Mittel wird durch den Landesrechnungshof geprüft. Die Bewirtschaftung der Mittel erfolgt durch das MI.

685 10	549	Anteile der Rennvereine an der Totalisatorsteuer	480.000	480.000	480.000
			424.363		

Mehr- oder Mindereinnahmen bei Kapitel 20 010, Titel 055 10 erhöhen oder vermindern zu 96 v.H. die Mittel dieses Titels.

Erläuterungen:

Nach § 16 RennWLOttG erhalten Rennvereine, die einen Totalisator betreiben, bis zu 96 v.H. des Totalisatorsteueraufkommens für Zwecke der öffentlichen Leistungsprüfung für Pferde. Das Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz und das Ministerium der Finanzen setzen die Anteile der Rennvereine fest.

685 59	960	Verteilung von Einnahmen aus der Lotto-Konzessionsabgabe	19.231.000	19.845.700	18.966.400
			4.639.159		

Ausgaben entsprechend der Erläuterungen dürfen nur in Höhe von 5.425.000 EUR der bei Kapitel 20 020 Titel 123 20 aufkommenden Einnahmen geleistet werden.

Die Erläuterungen sind gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich

Die Ausgaben sind übertragbar.

Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 547 59.

Die Mittel i.H.v. 36 vH der bei Kapitel 20 020 Titel 123 20 aufkommenden Einnahmen - gemindert wegen der Abführungsverpflichtung aus dem Staatsvertrag über die Regionalisierung von Teilen der von den Unternehmen des Deutschen Lotto- und Totoblocks erzielten Einnahmen - dienen

2005 zur Deckung der Ausgaben bei Kapitel 05 810 TG 60 (Förderung des Sports) mit einem Betrag von 14.420.700EUR, 2006 zur Deckung der Ausgaben bei Kapitel 05 810 TG 60 (Förderung des Sports) mit einem Betrag von 13.541.400 EUR.

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2006
			Ist 2003	Angaben in EUR	

noch zu 685 59

Erläuterungen:

Einzelplan	Ministerium	Quote v.H.
02	Ministerpräsident	10,93
03	Ministerium des Innern	6,00
04	Ministerium der Justiz	6,00
05	Ministerium für Bildung, Jugend und Sport* Bereich Bildung und Jugend	16,00
06	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur	16,00
07	Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie	17,07
08	Ministerium für Wirtschaft	6,00
10	Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz	16,00
11	Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung	6,00
12	Ministerium der Finanzen	0,00
Insgesamt		100,00

* nachrichtlich:

05

36 v. H. der bei Titel 123 20 Kapitel 20 020 aufkommenden Einnahmen werden bei Ministerium für Bildung, Jugend und Sport - Geschäftsbereich Sport (§ 8 Sportförderungsgesetz) in Kapitel 05 810 Titelgruppe 60 und 61 in 2005 und in Titelgruppe 60 in 2006 ausgegeben; gemindert wegen der Abführungsverpflichtungen aus dem Staatsvertrag über die Regionalisierung von Teilen der von den Unternehmen des Deutschen Lotto- und Totoblocks erzielten Einnahmen für das Haushaltsjahr 2005 um **879.300 EUR** und für das Haushaltsjahr 2006 um **1.758.600 EUR**.

698 10	871	Verwendung der Einnahmen aus Erbschaften des Fiskus	0	0	0
			36.006		

Ausgaben dürfen nur in Höhe der bei Titel 298 10 aufkommenden Einnahmen geleistet werden.

aus Titelgruppen:	856.400	991.900	1.009.900
Summe HGr. 6:	57.896.800	70.135.000	73.727.800

HGr. 9: Besondere Finanzierungsausgaben

919 14	011	Rücklage aus der Verschiebung des Auszahlungszeitpunktes der Arbeitnehmerbezüge gemäß den 'Eckpunkten zu einem Solidarpakt zwischen der Landesregierung und den Gewerkschaften' vom 11.08.2003	0	0
neu				

971 10	988	Globale Mehrausgaben zur Verstärkung von Ausgaben	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Veranschlagung von Ausgaben zur Finanzierung der Inanspruchnahme von Haushaltsresten aus in den Vorjahren vereinnahmten Einnahmen.

972 10	989	Globale Minderausgaben	-40.000.000	0	0
			0		

972 20	989	Globale Minderausgabe	0	0	0
			0		

Weggefallene oder umgesetzte Titel

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2006
			Ist 2003	Angaben in EUR	

(919 11) 950 Zuführung zu der Rücklage Personalbudget

Dieser Titel wurde umgesetzt nach 12 020/919 11 (Ist 2003: 77.864Euro, Ansatz 2004: 0Euro).

aus Titelgruppen:	1.287.800	1.364.800	1.420.000
Summe HGr. 9:	-38.712.200	1.364.800	1.420.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2006
			Ist 2003	Angaben in EUR	

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 62 Pilotprojekt Kosten- und Leistungsrechnung

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titelgruppe 62 sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Ausgaben der Titelgruppe 62 sind übertragbar.

Die Ausgaben sind gem. § 24 Abs. 3 LHO bis zur Einreichung der vollständigen haushaltsbegründenden Unterlagen gesperrt.

Erläuterungen:

Zentrale Veranschlagung von Haushaltsmitteln für die Umsetzung des Kabinettsbeschlusses 869/02 vom 27.08.2002 zur pilot-haften Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung und neuen Rechnungswesens in ausgewählten Behörden und Einrichtungen der Landesverwaltung. Vervollständigung der Pilotbehörden der 1. Welle und Aufnahme von Pilotbehörden der 2. Welle in das Pilotprojekt.

511 62	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0 115.829	0	0
526 62	011	Sachverständige	4.202.000 847.660	6.970.000	3.600.000

Verpflichtungsermächtigungen:

	2005 EUR	2006 EUR
Betrag:	0	11.000.000
davon fällig:		
2006 bis zu	0	
2007 bis zu	0	5.500.000
2008 bis zu	0	5.500.000
2009 ff. bis zu	0	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2003 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2005 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2006 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2005	1.765.900				1.765.900
2006					
2007				5.500.000	5.500.000
2008				5.500.000	5.500.000
2009 ff.					
Summen	1.765.900			11.000.000	12.765.900

Erläuterungen:

2005: Mehr wegen Vervollständigung der Pilotbehörden der 1. Welle und Aufnahme von Pilotbehörden der 2. Welle in das Pilotprojekt.

812 62	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, sonstigen Gebrauchsgegenständen	0 49.966	1.148.000	3.533.000
---------------	------------	---	--------------------	------------------	------------------

Erläuterungen:

Mehr wegen Vervollständigung der Pilotbehörden der 1. Welle und Aufnahme von Pilotbehörden der 2. Welle in das Pilotprojekt.

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2006
			Ist 2003	Angaben in EUR	

981 62	011	Erstattungen von Personal- und Sachkosten	0	0	0
			60.046		

Nachrichtlich: Summe TGr. 62 **4.202.000** **8.118.000** **7.133.000**

TGr. 63 eGovernment

Minderausgaben bzw. Mehreinnahmen im Kapitel 20 030, die in sachlichem Zusammenhang mit den Ausgaben für den Bereich eGovernment stehen, dürfen zur Verstärkung der Ausgaben der Titelgruppe herangezogen werden. Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterungen:

Das Kabinett hat am 11.02.2003 die eGovernment-Strategie des Landes Brandenburg beschlossen und am 10.08.2004 hierzu einen Masterplan und Aktionsplan mit einer Auswahl von Leitprojekten sowie die IT-Strategie gebilligt. Damit wird die Dachstrategie und Umsetzungsplanung für eGovernment-Initiativen des Landes Brandenburg bereitgestellt. Diese umfasst Ziele und benennt die notwendigen Maßnahmen mit folgenden Schwerpunkten:

- Ausbau der IT-Infrastruktur - auch zum verbesserten Datenaustausch (LVN-Anbindung der Kommunen, interkommunale Vernetzung),
- Bereitstellung landeseinheitlicher Grunddienste für die Landesverwaltung und Kommunen (Basiskomponenten, Verwaltungsportal, Formularserver),
- Ausbau der Landesportale,
- Ausbau der Online-Dienste (Meldedaten-Online, Modell-Fachverfahren, eVergabe),
- Verbesserung der organisatorischen, finanziellen und rechtlichen Rahmenbedingungen.

Im Mittelpunkt der Strategie stehen Leitprojekte, die den Kriterien der Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und des Nutzens für Bürger, Wirtschaft und Verwaltung in besonderer Weise Rechnung tragen.

Zur Koordinierung der Vorhaben wurde im Ministerium des Innern in 2004 eine Leitstelle eGovernment und IT eingerichtet. Neben den Ausgaben für die Leitstelle werden ab 2005 erstmalig auch Ausgaben für eGovernment-Projekte veranschlagt.

538 63	011	Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen	500.000	339.000	289.000
			0		

Die Ausgaben gem. 1.2 und 1.3 der Erläuterung sind gesperrt.

Erläuterungen:

		2005	2006
		EUR	EUR
1.	Fachverfahren		
1.1	Pflegevertrag für Produkt Governikus (OSCI-Transportprotokoll)	89.000	89.000
1.2	Erweiterung des ERP-Systems (SAP) durch Personalmanagement	250.000	100.000
1.3	Einführung eines Dokumenten-Management-Systems	0	100.000
	<i>Summe zu 1.</i>	<i>339.000</i>	<i>289.000</i>
	Summe	339.000	289.000

Weniger wegen Umsetzung nach Titel 545 63.

545 63	011	Entgelt für den Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg aufgrund von Servicevereinbarungen	950.000	2.400.000
neu				

Die Ausgaben gem. 2 der Erläuterung sind gesperrt.

Erläuterungen:

Im Vorjahr mitveranschlagt bei Titel 538 63.

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2006
			Ist 2003		

noch zu 545 63

			2005	2006
			EUR	EUR
1.		Brandenburger Online Amt (BOA)		
1.1		Konzeptionierung BOA - Phase I	50.000	0
1.2		Konzeptionierung BOA - Phase II	50.000	0
1.3		Technische Umsetzung BOA - Phase II	0	50.000
1.4		Technische Umsetzung BOA - Phase III	0	450.000
		<i>Summe zu 1.</i>	<i>100.000</i>	<i>500.000</i>
2.		weitere Fachvorhaben eGovernment		
2.1		System für elektronische Beschaffungsstelle	150.000	700.000
2.2		Entwicklung und Einbindung weiterer webbasierter Dienstleistungen	700.000	1.200.000
		<i>Summe zu 2.</i>	<i>850.000</i>	<i>1.900.000</i>
		Summe	950.000	2.400.000

Die bestehenden Servicevereinbarungen mit dem Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg werden entsprechend der landes- und ressortweiten eGovernment-Infrastruktur und Basiskomponenten hier zugeordnet. Die Umsetzung der Projekte erfolgt auf Vorschlag der eGovernment-Leitstelle nach Beschluss des Lenkungsausschusses eGovernment. Mehr nach Umsetzung von Titel 538 63 - durch weitere Fachvorhaben eGovernment.

546 63	011	Gutachterkosten	200.000	200.000	200.000
			0		

Erläuterungen:

Ausgaben für Gutachten, Organisations-Entwicklungsmaßnahmen sowie für Projektmanagement und Projektleitung, die im Sachzusammenhang mit eGovernment stehen.

981 63	012	Erstattungen von Personal- und Sachkosten	174.500	174.500	174.500
			0		

Nachrichtlich: Summe TGr. 63			874.500	1.663.500	3.063.500
-------------------------------------	--	--	----------------	------------------	------------------

TGr. 64 Qualitätsmanagement

Erläuterungen:

Qualitätsmanagement beschreibt eine integrierte, die ganze Behörde betreffende Führungsstrategie, die darauf ausgerichtet ist, aus externen und internen Kundenanforderungen Qualitätsziele abzuleiten, zu formulieren und zu erfüllen. Dabei kommen die Instrumente des Neuen Steuerungsmodells zur Anwendung. Unter Federführung der Stabsstelle für Verwaltungsmodernisierung ist das Projekt "Qualitätsmanagent" initiiert worden. Mehr als 30 Behörden und Einrichtungen der Landesverwaltung nehmen freiwillig an diesem Projekt teil. Regelmäßige regionale und ressortübergreifende Teamsitzungen ermöglichen einen intensiven Erfahrungsaustausch. Zur Vervollkommnung der Kenntnisse werden diese Veranstaltungen von einem Wissenschaftler begleitet. Außerdem ist eine permanente fachbegleitende Fortbildung eine unabdingbare Voraussetzung für das Gelingen dieses Projektes.

525 64	012	Aus- und (Fort)bildung	100.000	0	0
			0		

Nachrichtlich: Summe TGr. 64			100.000	0	0
-------------------------------------	--	--	----------------	----------	----------

TGr. 70 Maßnahmen zur Energieeinsparung in der Landesverwaltung

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(517 70)	012	Flächenerfassung der verwaltungseigenen Gebäude und baulichen Anlagen			
----------	-----	--	--	--	--

Dieser Titel wurde umgesetzt nach 15 020/517 70 (Ist 2003: 5.907Euro, Ansatz 2004: 0Euro).

(526 70)	012	Kosten für Maßnahmen der Energieberatung und Schulung einschl. DWD-Klimadaten			
----------	-----	--	--	--	--

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2006
			Ist 2003	Angaben in EUR	

noch zu 526 70

Dieser Titel wurde umgesetzt nach 15 020/526 70 (Ist 2003: 348Euro, Ansatz 2004: 13.000Euro).

(711 70) 012 Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten

Dieser Titel wurde umgesetzt nach 15 020/711 70 (Ist 2003: 4.512Euro, Ansatz 2004: 8.000Euro).

(812 70) 012 Erwerb von Maschinen und Geräten

Dieser Titel wurde umgesetzt nach 15 020/812 70 (Ist 2003: 0Euro, Ansatz 2004: 5.000Euro).

Nachrichtlich: Summe TGr. 70

TGr. 80 Verwendung der Spielbankabgabe und der Zusatzleistungen

*Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.
 Ausgaben dürfen nur in Höhe der bei Kapitel 20 020 Titel 093 10 aufkommenden Einnahmen geleistet werden.
 Die Ausgaben sind übertragbar.*

Erläuterungen:

Von dem Aufkommen der Spielbankabgabe erhalten die Gemeinden einen angemessenen Anteil gem. § 4 Abs. 7 Spielbankgesetz. Die Kosten der Spielbankenaufsicht werden dem Einzelplan 12 erstattet.

633 80	910	Zuweisungen an die Spielbankgemeinden	856.400 1.086.194	991.900	1.009.900
981 80	910	Erstattung von Kosten der Spielbankenaufsicht	1.113.300 1.148.339	1.190.300	1.245.500

Nachrichtlich: Summe TGr. 80 **1.969.700** **2.182.200** **2.255.400**

TGr. 99 Kosten der Datenverarbeitung (Informationstechnik)

*Einnahmen bei Titel 119 99 dienen zur Deckung von Mehrausgaben.
 Einnahmen bei Titel 359 99 dienen zur Deckung von Mehrausgaben.*

Erläuterungen:

Zentrale Veranschlagung von Haushaltsmitteln für ressortübergreifende Maßnahmen zur Weiterentwicklung des Haushaltsaufstellungsverfahrens, Weiterentwicklung und Pflege der Mittelbewirtschaftung/Kassenwesen, für die Neuentwicklung des Bezügeverfahrens und die Zahlbarmachung der Bezüge sowie für die Einführung eines EDV-Systems für das technisch-operative Beteiligungscontrolling.

511 99	011	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie Entgelte für Kommunikation	410.200 411.253	655.000	552.600
---------------	------------	--	---------------------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Mehr wegen Erhöhung des Pflegesatzes für ProFiskal P 3 gemäß bestehendem Pflegevertrag, HAVWeb-Einführung und Einführung eines EDV-Systems für das technisch-operative Beteiligungscontrolling.
 65.800 EUR umgesetzt aus Kapitel 12 050 Titel 511 99.

		2005	2006
		EUR	EUR
1.	Hardware	24.000	0
2.	Software	86.500	0
3.	Unterhaltung	544.500	552.600
4.	Kommunikation	0	0
5.	Sonstiges	0	0
Summe		655.000	552.600

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2006
			Ist 2003		
Angaben in EUR					

noch zu 511 99

Der Ansatz ist für folgende Projekte vorgesehen:

		2005 EUR	2006 EUR
1.	Pflege ProFiskal P3	461.800	461.800
2.	Pflege HAVWeb BBG	62.700	70.800
3.	Pflege PTS/DE	5.100	5.100
4.	Pflege PTS/EDNL	2.900	2.900
5.	Anmelde-/Kommunikationssystem	9.000	0
6.	EDV-System Beteiligungscontrolling	113.500	12.000
Summe		655.000	552.600

525 99 061 **Aus- (und Fort)bildung** **17.400** **37.900** **15.000**
 29.172

Erläuterungen:

		2005 EUR	2006 EUR
1.	Aus- und Fortbildung	37.900	15.000
2.	Lehr- und Lernmittel	0	0
Summe		37.900	15.000

Der Ansatz ist für folgende Projekte vorgesehen:

		2005 EUR	2006 EUR
1.	ProFiskal und Systembetreuung	10.000	10.000
2.	Schulungen HAVWeb BBG	10.000	5.000
3.	Schulungen EDV-System Beteiligungscontrolling	17.900	0
Summe		37.900	15.000

526 99 011 **Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten** **22.900** **0**
 neu

Erläuterungen:

Mehr 2005 wegen der Ausfinanzierung von Consulting-Leistungen im Zusammenhang mit der Einführung von HAVWeb.

Der Ansatz ist für folgende Projekte vorgesehen:

		2005 EUR	2006 EUR
1.	HAVWeb BBG	22.900	0
Summe		22.900	0

538 99 011 **Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen** **1.460.000** **1.896.500** **1.446.500**
 2.320.843

Erläuterungen:

2005: Umsetzung von 22.000 EUR - Pflegekosten für das Bezügeverfahren KIDICAP - nach Kapitel 12 200 Titel 538 99.

2006: Weniger wegen fortschreitender Einführung von HAVWeb und geringerer Restzahlungen für die Zahlbarmachung der Bezüge an NRW.

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2006
			Ist 2003	Angaben in EUR	

noch zu 538 99

Benutzungsentgelte für DV-Verfahren

		2005 EUR	2006 EUR
1.	HAVWeb BBG - Anpassung an OpenSource-Produkte	120.000	50.000
2.	HAVWeb BBG - Weiterentwicklung	0	20.000
3.	DRS und Landesbuchführung	25.000	25.000
4.	Einführung DRH, Haushaltsrechnung	25.000	0
5.	Externe Unterstützungsleistungen PPS/DE	6.500	6.500
6.	Bargeldloser Zahlungsverkehr/Automatisierung Bargeldschalter	100.000	50.000
7.	Umsetzungsunterstützung DKW	30.000	0
8.	Sonstige Unterstützungsleistungen	30.000	60.000
9.	Zahlbarmachung der Bezüge	1.560.000	1.235.000
Summe		1.896.500	1.446.500

812 99	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, sonstigen Gebrauchsgegenständen	281.500	364.800	100.000
			334.687		

Erläuterungen:

2005: Mehr wegen Einführung HAVWeb.

Der Ansatz ist für folgende Projekte vorgesehen:

		2005 EUR	2006 EUR
1.	HAVWeb BBG - Einführung 1. Erweiterung	62.800	0
2.	HAVWeb BBG - Einführung 2. Erweiterung und Doppel-NT	202.000	0
3.	Elektronische Signatur/Sicherheit	100.000	100.000
Summe		364.800	100.000

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(919 99)	950	Zuführung zu der Rücklage	0
			0

Nachrichtlich: Summe TGr. 99 **2.169.100** **2.977.100** **2.114.100**

Nachrichtlich: Summe Ausgaben der Titelgruppen **9.315.300** **14.940.800** **14.566.000**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2006
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 0	Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	5.709.000	6.612.800	6.732.600
HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	40.040.000	44.173.000	44.213.000
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	2.351.111.500	2.583.023.100	2.591.698.100
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	0	0	0
Gesamteinnahme		2.396.860.500	2.633.808.900	2.642.643.700

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	-28.500.000	126.444.700	204.875.000
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	26.677.900	30.964.700	28.444.500
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	57.896.800	70.135.000	73.727.800
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	281.500	1.512.800	3.633.000
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	-38.712.200	1.364.800	1.420.000
Gesamtausgabe		17.644.000	230.422.000	312.100.300
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		2.379.216.500	2.403.386.900	2.330.543.400

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2006
			Ist 2003	Angaben in EUR	

siehe Vermerk bei Kapitel 20 020 Titelgruppe 63.

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

119 10	234	Sonstige Einnahmen	0	0	0
			69.241		

Erläuterungen:

Einnahmen aus Rückflüssen aus den Erstattungen an die Landkreise und kreisfreien Städte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und nach § 108 Bundessozialhilfegesetz. Die Mittel werden vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie bewirtschaftet.

119 15	910	Rückflüsse aus Zuwendungen		0	0
			18.306		

Erläuterungen:

Einnahmen aus Rückzahlungen von Zuweisungen und Zuschüssen aus dem IfG Aufbau Ost (Sonderprogramm). Die Mittel werden vom Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz bewirtschaftet.

Summe HGr. 1:	0	0	0
---------------	----------	----------	----------

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

231 10	234	Erstattungen des Bundes für Kriegsflüchtlinge	0	0	0
			0		

Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 633 11.

Erläuterungen:

Der Bund beteiligt sich mit 50 v.H. an den Kosten für Kriegsflüchtlinge, die den Kreisen und kreisfreien Städten vom Land zunächst in voller Höhe erstattet werden. Die Mittel werden vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie bewirtschaftet.

Summe HGr. 2:	0	0	0
---------------	----------	----------	----------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2006
			Ist 2003	Angaben in EUR	

siehe Vermerk bei Kapitel 20 020 Titelgruppe 63.

Ausgaben

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

613 11	910	Schlüsselzuweisungen an Gemeinden und kreisfreie Städte	802.072.000	818.690.000	795.733.000
			843.849.912		

*Die Ausgaben sind übertragbar.
Nicht verausgabte Beträge fließen den Ausgaben bei Titel 613 14 zu.
Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.*

Erläuterungen:

Die Höhe und Verteilung der Mittel richten sich nach dem Finanzausgleichsgesetz. Vom Ansatz wird ein Betrag von 39.667.000 EUR im Jahr 2005 sowie ein Betrag von 38.555.000 im Jahr 2006 für Vorwegschlüsselzuweisungen an die kreisfreien Städte bereit gestellt.

613 12	910	Schlüsselzuweisungen an Kreise	280.177.000	283.181.000	275.240.000
			275.392.100		

*Die Ausgaben sind übertragbar.
Nicht veranschlagte Beträge fließen den Ausgaben bei Titel 613 14 zu.*

Erläuterungen:

Die Höhe und Verteilung der Mittel richten sich nach dem Finanzausgleichsgesetz.

613 14	910	Ausgleichsfonds	52.669.000	64.669.000	54.669.000
			44.025.101		

*Zuflüsse aus den Titeln 613 11, 613 12 und 613 15 verstärken den Ansatz.
Die Ausgaben sind übertragbar.
Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.*

Verpflichtungsermächtigungen:

	2005 EUR	2006 EUR
Betrag:	21.108.500	0
davon fällig:		
2006 bis zu	7.208.600	
2007 bis zu	7.711.000	0
2008 bis zu	6.188.900	0
2009 ff. bis zu	0	0

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2003 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2005 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2006 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2005	7.677.000	2.096.300			9.773.300
2006	6.534.500	6.544.400	7.208.600		20.287.500
2007	6.057.800	6.067.700	7.711.000		19.836.500
2008	5.419.900	7.941.800	6.188.900		19.550.600
2009 ff.					
Summen	25.689.200	22.650.200	21.108.500		69.447.900

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 030 Kommunalen Finanzausgleich

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Ist 2003	Ansatz 2005	Ansatz 2006
			Angaben in EUR		

noch zu 613 14

Erläuterungen:

Die in den Vorjahren ausgebrachten VE wurden nicht in voller Höhe in Anspruch genommen.

Für das Haushaltsjahr 2006 ist nach der jetzigen Planung die Veranschlagung von Verpflichtungsermächtigungen nicht mehr vorgesehen.

Der Einsatz der Mittel erfolgt nach dem Finanzausgleichsgesetz. Vom Ansatz werden bis zu 14.669.000 EUR für eine Verwendung im Rahmen der RL des MLUV vom 02.12.2002 über die Unterstützung von Aufgabenträgern der Abwasserentsorgung bei der wirtschaftlichen Stabilisierung und zur Zusammenarbeit von Aufgabenträgern (Schuldenmanagementfonds) zur Verfügung gestellt.

613 15	910	Schullastenausgleich	87.304.000	85.000.000	85.000.000
			108.037.532		

Die Ausgaben sind übertragbar.

Nicht verausgabte Beträge fließen den Ausgaben bei Titel 613 14 zu.

Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Erläuterungen:

Die Mittel dienen der anteiligen Finanzierung von Schulkosten nach Maßgabe der Festlegungen im Finanzausgleichsgesetz. Die Aufteilung des Ansatzes ist gemäß § 14 Abs. 2-4 FAG vorzunehmen.

613 17	910	Theaterpauschale	13.119.100	13.000.000	13.000.000
			13.085.595		

Die Ausgaben sind übertragbar.

Dieser Titel gehört nicht zum Steuerverbund.

Erläuterungen:

Die Aufteilung der Mittel erfolgt entsprechend der Verordnung zur Verteilung der Mittel für die Theater- und Orchesterförderung gemäß § 5 des Brandenburgischen Finanzausgleichsgesetzes.

Die Mittelbewirtschaftung obliegt dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur.

613 18	910	Familienleistungsausgleich		67.400.000	64.812.200
neu					

In 2006 Berücksichtigung der Abrechnung 2003 von -3.248.643 EUR und Berücksichtigung der Abrechnung 2004 von -2.339.130 EUR.

Die Ausgaben sind übertragbar.

Dieser Titel gehört nicht zum Steuerverbund.

Erläuterungen:

Die Mittel werden auf der Grundlage des Finanzausgleichsgesetzes eingesetzt.

Die dem Ausgleich der Steuerausfälle der Kommunen durch die Neuordnung des Familienleistungsausgleichs mit dem Jahressteuergesetz 1996 dienenden Mittel waren in den Vorjahren im Rahmen der Schlüsselzuweisungen (Titel 613 11) veranschlagt.

613 19	910	Zuweisungen als Ausgleich für die Wahrnehmung übertragener Aufgaben	158.000.000	155.000.000	155.000.000
			157.946.053		

Die Ausgaben sind übertragbar.

Dieser Titel gehört nicht zum Steuerverbund.

Erläuterungen:

Die Mittel sind für Aufgaben vor Inkrafttreten der Kommunalverfassung am 05.12.1993 übertragen worden. Sie werden auf der Grundlage des Finanzausgleichsgesetzes eingesetzt.

613 20	910	Kostenerstattung für übertragene Aufgaben	43.119.300	38.014.300	38.614.400
neu			39.409.277		

Dieser Titel gehört nicht zum Steuerverbund.

Erläuterungen:

Dieser Titel enthält Umsetzungen von 20 030/613 16.

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 030 Kommunalen Finanzausgleich

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2006
			Ist 2003		

Angaben in EUR

noch zu 613 20

Im Vorjahr bei

Kapitel / Titel	Ist 2003	Soll 2004
20 030 / 613 16	39.409.277	43.119.300
Summe	39.409.277	43.119.300

Die Mittel sind für Aufgaben nach Inkrafttreten der Kommunalverfassung am 05.12.1993 übertragen worden.
Von dem Gesamtansatz entfallen auf die Kostenerstattung nach:

	2005 EUR	2006 EUR
- Art. 5 des Ersten Funktionalreformgesetzes (Kataster- und Vermessungsämter)	30.500.000	31.100.100
- dem Gesetz zur Ausführung des BSHG i. d. ab 01.01.2003 geltenden Fassung	0	0
- dem Brandenburgischen Wassergesetz	4.068.800	4.068.800
- Umweltgerechte und den natürlichen Lebensraum schützende landwirtschaftliche Produktionsverfahren sowie Durchführung von landwirtschaftlichen Förderprogrammen	392.600	392.600
- der Verordnung über die Zuständigkeit auf dem Gebiet des Futtermittelrechts, dem Verfütterungsverbotsgesetz sowie der Verordnung (EG) Nr. 820/97 des Rates zur Einführung eines Systems zur Kennzeichnung und Registrierung von Rindern	770.400	770.400
- der Verordnung über die Zuständigkeiten im Ausländer- und Asylverfahrensrecht	395.000	395.000
- der Verordnung zur Bestimmung von Zuständigkeiten nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz	140.000	140.000
- Art. 1 bis Art. 4 des Dritten Funktionalreformgesetzes	1.248.600	1.248.600
- der Verordnung über die Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Düngemittelrechts	207.000	207.000
- der Verordnung zur Regelung der Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Abfallrechts	291.900	291.900
Summe	38.014.300	38.614.400

Die Mittel werden von dem jeweils zuständigen Ressort bewirtschaftet.

Weniger, weil die Mittel für die Ausführung des Bundessozialhilfegesetzes ab 2005 im Kapitel 07 070 Titel 633 70 veranschlagt werden.

623 10	910	Hilfen an Kommunen und Zweckverbände für Altfinanzierungsprobleme im Abwasserbereich	3.637.300	3.637.300	3.637.300
			3.637.156		

Dieser Titel gehört nicht zum Steuerverbund.

Erläuterungen:

Titel wird nur noch zur ratenweisen Rückzahlung eines Darlehens der ILB genutzt, welches seinerseits an die kommunalen Aufgabenträger der Abwasserentsorgung entsprechend der Richtlinie des MI über die Gewährung von Finanzhilfen zur Kostenentlastung von Aufgabenträgern der Abwasserentsorgung (Liquiditätshilfefonds-LHF) gewährt wurde. Die Mittel werden vom Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz bewirtschaftet.

633 10	910	Erstattung von Verwaltungskosten an die Landkreise und kreisfreien Städte (für Regelung offener Vermögensfragen)	12.700.000	10.160.000	8.500.000
			11.959.700		

*Von den veranschlagten Ausgaben sind 708.000 EUR zweckgebunden für die Wartung und Pflege des DV-Fachverfahrens der Ämter zur Regelung offener Vermögensfragen vorgesehen. Die Mittel werden vom Ministerium der Finanzen bewirtschaftet. Gemäß § 15 Abs. 1 LHO wird zugelassen, dass Einnahmen der Ämter zur Regelung offener Vermögensfragen für verauslagte Sachkosten auf die Ausgaben angerechnet werden.
Dieser Titel gehört nicht zum Steuerverbund.*

Erläuterungen:

Nach dem Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen (VermG) werden die Aufgaben der unteren Landesbehörden den Landkreisen und kreisfreien Städten übertragen. Das Land erstattet die personellen und sächlichen Verwaltungskosten. Wegen der fortschreitenden Erledigung der offenen Vermögensfragen wird die Personalausstattung der Ämter zur Regelung offener Vermögensfragen ab 1998 zurückgeführt. Siehe auch Kapitel 12 080 - Landesamt zur Regelung offener Vermögensfragen.

Weniger wegen Rückführung der Personalausstattung in den Ämtern zur Regelung offener Vermögensfragen.

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 030 Kommunalen Finanzausgleich

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Ist 2003	Ansatz 2005	Ansatz 2006
			Angaben in EUR		
633 11	234	Erstattung von Kosten für die Unterbringung, Sozialleistungen und Gesundheitsuntersuchungen für ausländische Flüchtlinge und Aussiedler sowie nach § 108 SGB XII	55.500.000 50.505.024	43.300.000	44.600.000
<p><i>Dieser Titel gehört nicht zum Steuerverbund.</i> <i>Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 231 10 geleistet werden.</i></p> <p>Erläuterungen:</p> <p>Die Mittel dienen der Erstattung der Kosten nach § 6 Landesaufnahmegesetz vom 19.12.1996 (GVBl. I S. 360), geändert durch das Gesetz vom 21.12.1998 (GVBl. I S. 275), in Verbindung mit der Erstattungsverordnung vom 29.01.1999 (GVBl. II S. 99), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 05.07.2001 (GVBl. II S. 285), der Erstattung der Kosten nach § 108 SGB XII (Einreise aus dem Ausland), der Erstattung der Kosten von Gesundheitsuntersuchungen gemäß § 62 Abs. 1 Satz 2 Asylverfahrensgesetz und § 36 Abs. 4 Infektionsschutzgesetz in Verbindung mit der Verordnung über die Durchführung von Gesundheitsuntersuchungen von Asylbewerbern vom 10.11.2000 (GVBl. II S. 423) sowie der Erstattung der Kosten nach § 3b Abs. 2 Wohnortzuweisungsgesetz.</p> <p>Die Mittel werden vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie bewirtschaftet.</p>					
633 40	011	Zuweisungen für Sozial- und Jugendhilfelausgleich		230.000.000	230.000.000
<p>neu</p> <p><i>Vom Ansatz gehören 40.000.000 Euro zum Steuerverbund.</i> <i>Die Ausgaben sind übertragbar.</i></p> <p>Erläuterungen:</p> <p>Dieser Titel enthält Umsetzungen von 20 030/633 13 (Ist 2003: 0Euro, Ansatz 2004: 0Euro).</p> <p>Die Mittel werden auf der Grundlage des Finanzausgleichsgesetzes eingesetzt.</p>					
633 42	011	Weitergabe der Wohngeldersparnisse abzüglich USt-Minder-einnahmen des Landes gemäß § 5 BbgAG-SGB II		12.600.000	12.600.000
<p>neu</p> <p><i>Die Ausgaben sind übertragbar.</i> <i>Dieser Titel gehört nicht zum Steuerverbund.</i></p> <p>Weggefallene oder umgesetzte Titel</p> <p>(613 16) 910 Kostenerstattung für übertragene Aufgaben</p> <p>Dieser Titel wurde umgesetzt nach 20 030/613 20.</p> <p>(633 12) 235 Zuweisungen für soziale Dienste</p> <p style="text-align: right;">0 8.475.900</p> <p>(633 13) 235 Zuweisungen für Sozial- und Jugendhilfelausgleich</p> <p>Dieser Titel wurde umgesetzt nach 20 030/633 40 (Ist 2003: 0Euro, Ansatz 2004: 0Euro).</p>					
Summe HGr. 6:			1.508.297.700	1.824.651.600	1.781.405.900
HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen					
883 12	910	Kommunale Investitionspauschalen / investive Schlüsselzuweisungen	221.000.000 101.988.097	331.980.000	330.352.000
<p>Erläuterungen:</p> <p>Die Mittel werden auf der Grundlage des Finanzausgleichsgesetzes eingesetzt.</p> <p>Weggefallene oder umgesetzte Titel</p> <p>(883 11) 910 Zuweisungen für kommunale Investitionen</p> <p style="text-align: right;">0 12.028.497</p>					

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 030 Kommunalen Finanzausgleich

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2006
			Ist 2003	Angaben in EUR	
(883 13)	910	Kommunale Investitionspauschale (außerhalb Steuerverbund)	0		
			99.111.614		
(883 16)	910	Komplementärmittel für kommunale Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen der GA "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur"	0		
			20.000.000		
(883 30)	910	Zuweisungen für kommunale Investitionen im Rahmen des Investitionsförderungsgesetzes Aufbau Ost (IfG)	0		
			1.482.501		
(883 40)	910	Zuweisungen für kommunale Investitionen des Sonderprogramms Fremdenverkehr ländlicher Raum	100.000		
			1.635.112		
Summe HGr. 8:			221.100.000	331.980.000	330.352.000
HGr. 9: Besondere Finanzierungsausgaben					
Weggefallene oder umgesetzte Titel					
(972 10)	989	Globale Minderausgabe KFA	0		
			0		
Summe HGr. 9:			0	0	0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2006
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0	0	0
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0
Gesamteinnahme		0	0	0

Ausgaben

HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	1.508.297.700	1.824.651.600	1.781.405.900
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	221.100.000	331.980.000	330.352.000
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	0	0	0
Gesamtausgabe		1.729.397.700	2.156.631.600	2.111.757.900
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-1.729.397.700	-2.156.631.600	-2.111.757.900

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2006
			Ist 2003		
Angaben in EUR					

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

119 10	699	Sonstige Einnahmen		0	0
neu					

Erläuterungen:

Einnahmen aus Rückzahlungen nach Prüfung der Verwendungsnachweise.

Summe HGr. 1:	0	0
---------------	---	---

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

231 10	699	Zuweisungen für das Sonderprogramm "Hochwasser" im Rahmen der Bund/Länder Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GA)	0 6.366.931	0	0
231 20	699	Zuweisungen des Bundes im Rahmen der Bund-Länder-Vereinbarungen aus dem Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Wirtschaft	0 4.195	0	0
231 30	699	Zuweisungen des Bundes im Rahmen der Bund-Länder-Vereinbarungen aus dem Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz	0 1.874.900	0	0
231 40	699	Zuweisungen des Bundes im Rahmen der Bund-Länder-Vereinbarungen aus dem Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Infrastruktur und Raumordnung	0 5.979.744	0	0
231 50	699	Zuweisungen des Bundes für Hochwasserhilfen außerhalb der Bund-Länder-Vereinbarungen	0 20.315.469	0	0
272 10	699	Zuschüsse aus dem Solidaritätsfonds der Europäischen Union	0 4.513.400	0	0

Summe HGr. 2:	0	0
---------------	---	---

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 040 Hochwasserkatastrophe 2002

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2006
			Ist 2003		

Angaben in EUR

Ausgaben

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

681 20	699	Hochwasserhilfen im Rahmen der Bund-Länder-Vereinbarungen aus dem Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Wirtschaft	0 8.389	0	0
681 30	699	Hochwasserhilfen im Rahmen der Bund-Länder-Vereinbarungen aus dem Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz	0 1.692.622	0	0
681 40	699	Hochwasserhilfen im Rahmen der Bund-Länder-Vereinbarungen aus dem Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Infrastruktur und Raumordnung	0 0	0	0
681 50	699	Hochwasserhilfen des Landes Brandenburg außerhalb der Bund-Länder-Vereinbarungen	0 3.636.726	0	0
681 51	699	Verwendung der Einnahmen aus dem Solidaritätsfonds der Europäischen Union	0 0	0	0

Summe HGr. 6:

0 0 0

HGr. 7: Baumaßnahmen

711 30	699	Wiederherstellung der durch das Hochwasser beschädigten wasserwirtschaftlichen Infrastrukturen	0 8.835.061	0	0
--------	-----	--	----------------	---	---

Summe HGr. 7:

0 0 0

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

883 10	699	Zuweisungen für Infrastrukturmaßnahmen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0 0	0	0
883 20	699	Hochwasserhilfen im Rahmen der Bund-Länder-Vereinbarungen aus dem Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Wirtschaft	0 1.411.161	0	0
883 30	699	Hochwasserhilfen im Rahmen der Bund-Länder-Vereinbarungen aus dem Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung	0 0	0	0
883 40	699	Hochwasserhilfen im Rahmen der Bund-Länder-Vereinbarungen aus dem Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr	0 3.666.133	0	0
883 50	699	Hochwasserhilfen des Landes Brandenburg außerhalb der Bund-Länder-Vereinbarungen	0 8.239.733	0	0
883 51	699	Verwendung der Einnahmen aus dem Solidaritätsfonds der Europäischen Union	0 0	0	0
892 10	699	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft	0 0	0	0

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 040 Hochwasserkatastrophe 2002

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2006
			Ist 2003		
			Angaben in EUR		
892 20	699	Hochwasserhilfen im Rahmen der Bund-Länder-Vereinbarun- gen aus dem Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Wirt- schaft	0 102.700	0	0
892 30	699	Hochwasserhilfen im Rahmen der Bund-Länder-Vereinbarun- gen aus dem Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz	0 0	0	0
892 40	699	Hochwasserhilfen im Rahmen der Bund-Länder-Vereinbarun- gen aus dem Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Infrastruktur und Raumordnung	0 35.794	0	0
892 50	699	Hochwasserhilfen des Landes Brandenburg außerhalb der Bund-Länder-Vereinbarungen	0 3.454.141	0	0
892 51	699	Verwendung der Einnahmen aus dem Solidaritätsfonds der Europäischen Union	0 0	0	0
Summe HGr. 8:			0	0	0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2006
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.		0	0	0
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0	0
Gesamteinnahme			0	0	0

Ausgaben

HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0	0
HGr. 7	Baumaßnahmen	0	0	0	0
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0
Gesamtausgabe			0	0	0

Überschuss (+) / Zuschuss (-)			0	0	0
--------------------------------------	--	--	----------	----------	----------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2006
			Ist 2003		
Angaben in EUR					

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

121 10	872	Gewinne aus Kapitalanteilen an Landesgesellschaften (Kapitalgesellschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts)	2.900.000	3.500.000	3.500.000
			4.743.132		

Erläuterungen:

Ausschüttung von Dividenden.

Mehr wegen erwarteter höherer Ausschüttungen der Land Brandenburg Lotto GmbH.

134 10	872	Einnahmen aus der Veräußerung von Landesbeteiligungen sowie aus sonstigen Aus- und Rückzahlungen von Kapitalanteilen	9.500.000	96.000	96.000
			59.350		

Gemäß § 15 Abs. 1 LHO wird zugelassen, dass Nebenkosten, die im Zusammenhang mit der Veräußerung von Landesbeteiligungen anfallen, von den Einnahmen abgesetzt werden.

Erläuterungen:

Veranschlagte Einnahmen aus der Veräußerung von Landesbeteiligungen.

Weniger wegen der Veräußerung einer wesentlichen Beteiligung in 2004.

141 10	680	Bürgschaftsentgelte	360.000	600.000	600.000
			600.996		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die dem Land zustehenden Anteile an den Bürgschaftsentgelten für die Übernahme von Bürgschaften im Rahmen der Bürgschaftsprogramme.

Mehr durch weitere Bürgschaftsübernahmen.

141 20	062	Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen aus dem Inland	1.500.000	1.500.000	1.500.000
			933.007		

Erläuterungen:

Rückflüsse und andere Einnahmen aus der Inanspruchnahme aus Bürgschafts-, Gewährleistungs- oder ähnlichen Zwecken dienenden Verträgen.

162 10	872	Zinseinnahmen aus dem Inland	1.000.000	0	0
			21		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Zinserträge noch nicht abgerufener Mittel von der Investitionsbank des Landes Brandenburg.

Weniger in Anpassung an das Ist-Ergebnis 2003.

181 10	872	Darlehensrückflüsse aus dem Inland	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Rückflüsse von Teilbeträgen aus gewährten Darlehen.

Summe HGr. 1:	15.260.000	5.696.000	5.696.000
----------------------	-------------------	------------------	------------------

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 610 Kapitalvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2006
			Ist 2003	Angaben in EUR	

Ausgaben

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

526 10	859	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	30.000	150.000	29.000
			648.916		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Entgelte für die Geschäftsbesorgung zur Bearbeitung von Gewährleistungen (u.a. Prozesskosten für Rechtsstreitigkeiten aus Bürgschaften).

2005: Mehr wegen erhöhter Prozesskosten infolge von 2 Verfahren mit erheblichen Streitwerten.

2006: Weniger wegen der voraussichtlichen Beendigung von 2 Streitverfahren in 2005.

Summe HGr. 5:	30.000	150.000	29.000
---------------	---------------	----------------	---------------

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(662 10)	759	Zuweisungen an die Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH (FBS)			
-----------------	-----	--	--	--	--

Dieser Titel wurde umgesetzt nach 20 610 TG 60 (Ist 2003: 20.000.000Euro, Ansatz 2004: 46.002.000Euro).

Summe HGr. 6:

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

831 10	872	Erwerb von Kapitalanteilen an Unternehmen des privaten Rechts und Anstalten des öffentlichen Rechts	10.000	10.000	10.000
			17.166		

Erläuterungen:

Ausgaben für die Kapitalausstattung landesbeteiligter Unternehmen.

831 12	872	Kapitalzuführung zur Landesentwicklungsgesellschaft i. L.	25.000.000	22.000.000	22.000.000
			2.272.000		

Erläuterungen:

Die veranschlagten Mittel dienen der Erfüllung von Verbindlichkeiten der LEG i. L..

862 10	872	Gewährung von Gesellschafterdarlehen an landesbeteiligte Unternehmen	0	0	0
			1.088.988		

871 10	680	Inanspruchnahmen aus Gewährleistungen	20.000.000	25.000.000	20.000.000
			17.693.443		

Erläuterungen:

Die Höhe der Ausfälle ist abhängig vom Bewilligungsvolumen und der voraussichtlichen Entwicklung der durch Bürgschaften geförderten Unternehmen. Der Ansatz ist geschätzt.

aus Titelgruppen:	46.002.000	38.000.000	46.000.000
-------------------	-------------------	-------------------	-------------------

Summe HGr. 8:	91.012.000	85.010.000	88.010.000
---------------	-------------------	-------------------	-------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2006
			Ist 2003		
Angaben in EUR					

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 60 Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH (FBS)

*Die Titel der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.
Die Ausgaben der Titelgruppe sind übertragbar.
Die Verpflichtungsermächtigungen sind gesperrt.*

Erläuterungen:

Das Finanzierungskonzept für den Ausbau des Flughafens Berlin-Schönefeld zum Flughafen Berlin Brandenburg International (BBI) sieht eine Innenfinanzierung der Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH (FBS), Bankkredite sowie Eigenmittel der Gesellschafter Land Berlin, Land Brandenburg und des Bundes vor. Danach sollen die Gesellschafter im Zeitraum von 2005 bis 2010 insgesamt 430 Mio. EUR der FBS zur Verfügung stellen. Das Land Brandenburg hat davon - entsprechend seinem Gesellschafteranteil an der FBS von 37 vH - einen Anteil in Höhe von 159 Mio. EUR zu übernehmen. Der Bund sowie die Länder Berlin und Brandenburg haben sich bereits über die Finanzierung der Verkehrsanbindung für den Flughafen BBI geeinigt. Der Bund finanziert die Straßenanbindung in Höhe von 74 Mio. EUR. Von den Kosten der Schienenanbindung in Höhe von 496 Mio. EUR trägt das Land Brandenburg einen Anteil in Höhe von 30 Mio. EUR.

831 60	759	Zuweisungen an die Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH (FBS)	46.002.000	30.000.000	38.000.000
neu			20.000.000		

Die Ausgaben für das Haushaltsjahr 2005 sind in Höhe von 5.000.000 EUR gesperrt; die Aufhebung der Sperre bedarf der Einwilligung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen des Landtages.

Verpflichtungsermächtigungen:

	2005 EUR	2006 EUR
Betrag:	96.000.000	
davon fällig:		
2006 bis zu		
2007 bis zu		39.000.000
2008 bis zu		21.000.000
2009 ff. bis zu		36.000.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2003 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2005 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2006 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2005					
2006					
2007				39.000.000	39.000.000
2008				21.000.000	21.000.000
2009 ff.				36.000.000	36.000.000
Summen				96.000.000	96.000.000

Erläuterungen:

Dieser Titel enthält Umsetzungen von 20 610/662 10.

891 60	759	BBI Schienenverkehrsanbindung	8.000.000	8.000.000
neu				

Die Ausgaben für das Haushaltsjahr 2005 sind gesperrt; die Aufhebung der Sperre bedarf der Einwilligung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen des Landtages.

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 610 Kapitalvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Ist 2003	Ansatz 2005	Ansatz 2006
			Angaben in EUR		

noch zu 891 60

Verpflichtungsermächtigungen:

	2005 EUR	2006 EUR
Betrag:		22.000.000
davon fällig:		
2006 bis zu		
2007 bis zu		16.000.000
2008 bis zu		6.000.000
2009 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2003 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2004 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2005 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2006 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2005					
2006					
2007				16.000.000	16.000.000
2008				6.000.000	6.000.000
2009 ff.					
Summen				22.000.000	22.000.000

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 60	46.002.000	38.000.000	46.000.000
-------------------------------------	-------------------	-------------------	-------------------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Ausgaben der Titelgruppen	46.002.000	38.000.000	46.000.000
---	-------------------	-------------------	-------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2006
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	15.260.000	5.696.000	5.696.000
Gesamteinnahme		15.260.000	5.696.000	5.696.000

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	30.000	150.000	29.000
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	91.012.000	85.010.000	88.010.000
Gesamtausgabe		91.042.000	85.160.000	88.039.000
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-75.782.000	-79.464.000	-82.343.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Ist 2003	Ansatz 2005	Ansatz 2006
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Beim Liegenschaftsvermögen werden auch die Einnahmen und Ausgaben nachgewiesen, die im Zusammenhang mit Grundstücken entstehen, die dem Land als Fiskalerbe zugefallen sind und von ihm verwertet werden.
Der Landtag hat am 31.03.2004 mit dem "Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Verwertung der Liegenschaften der Truppen" die Auflösung des Sondervermögens "Grundstücksfonds Brandenburg" und die Überführung des Vermögensbestandes in den Landeshaushalt beschlossen.
Zur transparenten Darstellung der Übernahme des abgegrenzten Vermögensbestandes des ehemaligen Sondervermögens "Grundstücksfonds Brandenburg" in den Haushaltsplan wurden die Einnahmen und Ausgaben der einzelnen Aufgabenfelder in verschiedenen Titelgruppen strukturiert:
Titelgruppe 65 - WGT-Liegenschaftsvermögen im AGV
Titelgruppe 66 - Bodenreformvermögen aus der Durchsetzung der Ansprüche (LgBÄ)
Titelgruppe 67 - Verwaltung und Verwertung der Liegenschaften des Bodenreformvermögens.

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	871	Gebühren, sonstige Entgelte	100	100	100
			0		

Erläuterungen:

Erwartete Einnahmen aufgrund der Gebührenordnung des Ministeriums der Finanzen.

119 10	871	Sonstige Einnahmen	170.000	115.000	115.000
			113.296		

Erläuterungen:

Es handelt sich insbesondere um Einnahmen aus Rückzahlungen aus den Vorjahren wie Steuerrückerstattungen und Erstattungen aus Jahresverbrauchsrechnungen.

Weniger in Anpassung an das Ist-Ergebnis 2003 und in Erwartung geringerer Erstattungen aus Jahresverbrauchsrechnungen.

124 10	871	Mieten und Pachten	4.867.000	3.132.900	2.957.900
			4.908.235		

Gemäß § 15 Abs. 1 LHO wird zugelassen, dass Nebenkosten, die im Zusammenhang mit der Vermietung oder Verpachtung von Grundstücken des allgemeinen Grundvermögens anfallen, von den Einnahmen abgesetzt werden.

Erläuterungen:

		2005 EUR	2006 EUR
1.	Einnahmen aus der Vermietung von Landes(eigenen)wohnungen	1.766.100	1.766.100
2.	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden und Räumen	1.366.800	1.191.800
3.	Sonstige Einnahmen	0	0
Summe		3.132.900	2.957.900

Weniger wegen Veräußerung von Grundstücken/Liegenschaften und wegen Umsetzung von Mitteln nach Kapitel 20 630 Titel 124 60.

125 10	871	Einnahmen aus Diensten wirtschaftlicher Tätigkeit	130.000	0	0
			106.844		

Erläuterungen:

Einnahmen aus dem Betrieb zentraler Heizwerke, die Einrichtungen des Landes, der Stadt Potsdam sowie sonstiger Abnehmer versorgen.

Weniger wegen Umsetzung nach Kapitel 20 630 Titel 125 60.

131 10	871	Erlöse aus der Veräußerung von unbeweglichen Sachen	6.500.000	2.500.000	2.000.000
			6.876.105		

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2006
			Ist 2003		

Angaben in EUR

noch zu 131 10

Siehe Haushaltsvermerk Nr. 1 und 2 bei Titel 821 10.

Gemäß § 15 Abs. 1 LHO wird zugelassen, dass Nebenkosten, die im Zusammenhang mit der Veräußerung von Grundstücken des Allgemeinen Grundvermögens anfallen, von den Einnahmen abgesetzt werden.

Gemäß § 15 Abs. 1 LHO wird zugelassen, dass Rückzahlungen aufgrund in früheren Haushaltsjahren zu hoch vereinnahmter Veräußerungserlöse - insbesondere aufgrund Minderflächen nach Vermessung - von den Einnahmen abgesetzt werden. Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei Kapitel 20 630 Titel 821 10 herangezogen werden.

Erläuterungen:

Erlöse aus der Veräußerung von Liegenschaften, die zur Erfüllung der Aufgaben des Landes nicht benötigt werden.

Weniger wegen Rückgang von verwertbaren Grundstücken sowie geringerer Wertigkeit der zu veräußernden Liegenschaften.

131 11	871	Erlöse aus dem Verkauf von Forstgebäuden	0	0	0
			703.215		

Einnahmen bis zur Höhe von höchstens 156.000 EUR dürfen für Ausgaben bei Kapitel 15 110 Titel 719 10 verwendet werden. Einnahmen dürfen zur Deckung von Ausgaben bei Kapitel 15 110, Titel 711 11 und 721 10 verwendet werden.

Gemäß § 15 Abs. 1 LHO wird zugelassen, dass Nebenkosten, die im Zusammenhang mit der Veräußerung von Grundstücken des Allgemeinen Grundvermögens anfallen, von den Einnahmen abgesetzt werden.

Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Erläuterungen:

Dauerhaft für Landeszwecke entbehrliche ehemalige Forstgebäude sollen veräußert werden.

131 13	871	Erlöse aus der Verwertung von ehemals land- und forstwirtschaftlich genutzten Vermögen nach der 3. DVO zum Treuhandgesetz	0	800.000	800.000
			2.436.719		

siehe Vermerk bei Titel 671 13

Erläuterungen:

Mehr wegen erstmaliger Veranschlagung der Pachteinahmen sowie von Erlösen aus ehemals preußisch land- und forstwirtschaftlich genutzten Vermögen.

131 20	062	Einnahmen aus Veräußerungserlösen zugunsten des Entschädigungsfonds oder Dritter	0	0	0
			0		

Siehe Haushaltsvermerk Nr. 1 bei Titel 821 20 und 821 30.

Erläuterungen:

Einnahmen aus Veräußerung von Grundstücken mit Abführungspflicht gemäß Entschädigungs- und Ausgleichleistungsgesetz (EALG) vom 27.09.1994 sowie Vermögensgesetz und Investitionsvorranggesetz.

132 10	871	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	0	0	0
			800		

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(121 10)	873	Abführungen des Sondervermögens "Grundstücksfonds Brandenburg"	0		
			0		

(131 12)	871	Vermögen aus der Geltendmachung von Ansprüchen gem. Art. 233 §§ 11 Abs. 3, 12 Abs. 2 EGBGB	0		
			0		

aus Titelgruppen: 712.000 21.037.600 18.932.600

Summe HGr. 1: 12.379.100 27.585.600 24.805.600

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Ist 2003	Ansatz 2005	Ansatz 2006
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Einnahmen

TGr. 60 Liegenschaften des Verwaltungsgrundvermögens in der Haus- und Grundbesitzverwaltung der Liegenschafts- und Bauämter (u.a. Landesbehördenzentren)

111 60	011	Gebühren und tarifliche Entgelte	0 0	0	0
119 60	011	Sonstige Einnahmen	35.000 95.363	72.000	72.000

Erläuterungen:

Einnahmen aus Endabrechnungen zu Jahresverbräuchen bei Medienversorgern (Wasser, Abwasser, Strom, Wärme) sowie Umsatzsteuerrückerstattungen für den Betrieb gewerblicher Art - Heizwerk Heinrich-Mann-Allee 103 in Potsdam.

Mehr wegen erwarteter höherer Rückerstattungen.

124 60	011	Mieten und Pachten	677.000 632.486	863.600	863.600
--------	-----	--------------------	--------------------	---------	---------

Gemäß § 15 Abs. 1 LHO wird zugelassen, dass Nebenkosten, die im Zusammenhang mit der Vermietung oder Verpachtung von Grundstücken anfallen, von den Einnahmen abgesetzt werden.

Erläuterungen:

	2005 EUR	2006 EUR
1. Einnahmen aus der Vermietung von Landes(eigenen)wohnungen	0	0
2. Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden und Räumen	863.600	863.600
3. Sonstige Einnahmen	0	0
Summe	863.600	863.600

Mehr nach Umsetzung von Kapitel 20 630 Titel 124 10.

125 60	871	Einnahmen aus Diensten wirtschaftlicher Tätigkeit		80.000	70.000
--------	-----	---	--	--------	--------

neu

Erläuterungen:

Einnahmen aus dem Betrieb zentraler Heizwerke, die Einrichtungen des Landes, der Stadt Potsdam sowie sonstige Abnehmer versorgen.

Mehr nach Umsetzung von Kapitel 20 630 Titel 125 10.

132 60	011	Erlöse aus dem Verkauf unbrauchbarer oder entbehrlicher geringwertiger Gegenstände	0 95	0	0
--------	-----	--	---------	---	---

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 60	712.000	1.015.600	1.005.600
-------------------------------------	---------	-----------	-----------

TGr. 64 Umsetzung der Altersteilzeitarbeit

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(235 64) 950 Einnahmen aus Erstattungen der Bundesagentur für Arbeit

Dieser Titel wurde umgesetzt nach 12 020/235 64 (Ist 2003: 0Euro, Ansatz 2004: 0Euro).

(359 64) 950 Entnahme aus der Rücklage Altersteilzeitarbeit

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2006
			Ist 2003		
			Angaben in EUR		

noch zu 359 64

Dieser Titel wurde umgesetzt nach 12 020/359 64 (Ist 2003: 18.190Euro, Ansatz 2004: 0Euro).

Nachrichtlich: Summe TGr. 64

TGr. 65 WGT-Liegenschaftsvermögen im AGV

Die Einnahmen der Titelgruppe 65 dienen der Deckung der Ausgaben der Titelgruppe 65.

Das jeweilige Jahresergebnis bei Titel 919 65 ist bis zur Erschöpfung des Vermögens im Folgejahr bei Titel 359 65 zu vereinnahmen.

Der bei der Auflösung und Überführung des Sondervermögens vorhandene Barmittelbestand des WGT-Liegenschaftsvermögens wird 2005 in voller Höhe in der Titelgruppe 65 vereinnahmt.

Die Rücklagen sind ausschließlich zum Ausgleich von Mindereinnahmen und Mehrausgaben der Titelgruppe 65, insbesondere zur Finanzierung der Verpflichtungen und Risiken des WGT-Liegenschaftsvermögens im AGV, zu verwenden.

Erläuterungen:

Mit dem "Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Verwertung der Liegenschaften der Westgruppe der Truppen" vom 20.04.2004 wird das Sondervermögen "Grundstücksfonds Brandenburg" zum 31.12.2004 aufgelöst und in den Landeshaushalt überführt. Die bisher dem Sondervermögen - Teil: WGT-Liegenschaften - zuzurechnende Vermögensmasse wird in der Titelgruppe 65 "WGT-Liegenschaftsvermögen im AGV" ausgewiesen.

Die Verwertung und Verwaltung erfolgt weiterhin auf der Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrages durch die Brandenburgische Boden Gesellschaft für Grundstücksverwaltung und- verwertung mbH, deren alleiniger Gesellschafter das Land Brandenburg ist.

Die Tgr. 65 stellt einen eigenständigen, in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichenen Deckungskreis dar.

Über das WGT-Liegenschaftsvermögen ist gem. § 8 WGT-LVG spätestens am 01.07.2009 eine Schlussrechnung zu fertigen. Nach Abzug der Kosten und notwendigen Rückstellungen für die Beräumung von den auf den Grundstücken befindlichen Belastungen erhalten die Landkreise und die Gemeinden des Landes Brandenburg jeweils 25 vH der verbleibenden Erlöse.

Für das vom Land genutzte WGT-Liegenschaftsvermögen sind Nutzungsentgelte an die TGr. 65, Kap. 20 630 Titel 124 65 zu zahlen. Siehe Erläuterung bei Kap. 20 630 Titel 518 10.

111 65	871	Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen		805.000	600.000
neu					
119 65	871	Sonstige Einnahmen	0	200.000	160.000
			0		
124 65	871	Mieten und Pachten	0	1.850.000	1.485.000
			0		
129 65	871	Sonstige Erlöse	0	75.000	25.000
			0		
131 65	871	Erlöse aus der Veräußerung von unbeweglichen Sachen	0	14.120.000	12.600.000
			0		
162 65	871	Sonstige Zinseinnahmen aus dem Inland	0	610.000	390.000
			0		
232 65	871	Sonstige Zuweisungen vom Bund		0	0
neu					

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2006
			Ist 2003	Angaben in EUR	
342 65	871	Sonstige Zuschüsse für Investitionen aus dem Inland	0	5.470.000	2.870.000
			0		
356 65	871	Übernahme des Vermögenbestandes		17.438.000	0
neu					
359 65	871	Entnahme aus der Rücklage		0	16.183.000
neu					
Weggefallene oder umgesetzte Titel					
(214 65)	871	Allgemeine Zuweisungen von Sondervermögen	0		
			0		
(231 65)	871	Sonstige Zuweisungen vom Bund	0		
			0		
(282 65)	871	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland	0		
			0		
(381 65)	871	Verrechnung zwischen Kapiteln	0		
			0		
Nachrichtlich: Summe TGr. 65			0	40.568.000	34.313.000

TGr. 66 Bodenreformvermögen aus der Durchsetzung der Ansprüche (LgBÄ)

Die Einnahmen der Titelgruppe 66 dienen der Deckung der Ausgaben der Titelgruppe 66.

Der bei der Auflösung und Überführung des Sondervermögens "Grundstücksfonds Brandenburg" vorhandene Barmittelbestand des Bestandskontos Bodenreform wird 2005 in voller Höhe in der Titelgruppe 66 vereinnahmt.

Das jeweilige Jahresergebnis bei Titel 919 66 ist in das Folgejahr bei Titel 359 66 zu übernehmen.

Die Rücklagen sind ausschließlich zum Ausgleich der Mindereinnahmen und Mehrausgaben der Titelgruppe 66 zu verwenden. Gem. § 15 Abs. 1 LHO wird zugelassen, dass Nebenkosten, die im Zusammenhang mit der Vermietung, Verpachtung oder Veräußerung von Grundstücken des Bodenreformvermögens anfallen, von den Einnahmen abgesetzt werden.

Gem. § 15 Abs. 1 LHO wird zugelassen, dass Rückzahlungen aufgrund in früheren Haushaltsjahren vereinnahmter Veräußerungserlöse von den Einnahmen abgesetzt werden.

Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Erläuterungen:

Mit dem Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Verwertung der Liegenschaften der Truppen vom 20.04.2004 wird das Sondervermögen "Grundstücksfonds Brandenburg" zum 31.12.2004 aufgelöst und in den Landeshaushalt überführt.

Der Bund hat sich gem. Artikel 233 § 16 Abs. 1 Satz 3 EGBGB vorbehalten, über eine endgültige Aufteilung des Bodenreformvermögens zwischen Bund und den neuen Ländern durch ein besonderes Bundesgesetz zu entscheiden. Daher ist das Bodenreformvermögen getrennt vom übrigen Landesvermögen aufzuführen.

Die bisher dem Sondervermögen - Teil: Bodenreformvermögen aus der Durchsetzung der Ansprüche - zuzurechnende Vermögensmasse wird in dieser Titelgruppe ausgewiesen.

Mit der Durchsetzung der Ansprüche des Landes aus der Abwicklung der Bodenreform sind die Liegenschafts- und Bauämter Cottbus, Frankfurt/Oder und Potsdam beauftragt. Nach der Übertragung der Bodenreformgrundstücke auf das Land werden diese durch einen Geschäftsbesorger verwaltet und verwertet (Titelgruppe 67). Gemäß Vertrag vom 21.01./02.02.2004 ist der Geschäftsbesorger verpflichtet, den durch einen unabhängigen Wirtschaftsprüfer festgestellten Überschuss des Vorjahres aus der Verwaltung und Verwertung der Liegenschaften aus der Bodenreform (Titelgruppe 67) - ggf. unter Abzug einer mit dem Ministerium der Finanzen abzustimmenden Liquiditätsreserve - an die Titelgruppe 66 abzuführen.

Die Ansätze der Einnahmen und Ausgaben der Titelgruppe entsprechen den Ergebnissen des Jahres 2004. Die weitere finanzielle Entwicklung ist derzeit nicht absehbar, da eine Klärung der Rechtslage erst im Jahr 2005 nach dem rechtskräftigen Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte zur Abwicklung der Bodenreform erfolgt.

Die Titelgruppe 66 stellt einen eigenständigen, in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichenen Deckungskreis dar.

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2006
			Ist 2003	Angaben in EUR	
119 66 neu	871	Sonstige Einnahmen		46.000	46.000
121 66 neu	871	Einnahmen aus dem Überschuss des Vorjahres der TG 67		0	0
124 66 neu	871	Mieten und Pachten		14.000	14.000
131 66 neu	871	Erlöse aus der Veräußerung von unbeweglichen Sachen		172.000	172.000
356 66 neu	871	Überführung des Vermögensbestandes		4.820.000	0
359 66 neu	871	Entnahme aus der Rücklage		0	4.566.000
Nachrichtlich: Summe TG. 66				5.052.000	4.798.000

TGr. 67 Verwaltung und Verwertung der Liegenschaften aus dem Bodenreformvermögen

Die Einnahmen der Titelgruppe 67 dienen der Deckung der Ausgaben der Titelgruppe 67.

Der bei der Auflösung und Überführung des Sondervermögens "Grundstücksfonds Brandenburg" vorhandene Barmittelbestand aus der Verwaltung und Verwertung der Liegenschaften aus dem Bodenreformvermögen wird 2005 in voller Höhe in der Titelgruppe 67 vereinnahmt.

Das jeweilige Jahresergebnis bei Titel 919 67 ist in das Folgejahr bei Titel 359 67 zu übernehmen.

Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Erläuterungen:

Mit dem Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Verwertung der Liegenschaften der Truppen vom 20.04.2004 wird das Sondervermögen "Grundstücksfonds Brandenburg" zum 31.12.2004 aufgelöst und in den Landeshaushalt überführt. Die bisher dem Sondervermögen - Teil: Verwaltung und Verwertung der Liegenschaften aus dem Bodenreformvermögen - zuzurechnende Vermögensmasse wird in dieser Titelgruppe ausgewiesen.

Die Verwertung und Verwaltung erfolgt weiterhin auf der Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrages durch die Brandenburgische Boden Gesellschaft für Grundstücksverwaltung und- verwertung mbH, deren alleiniger Gesellschafter das Land Brandenburg ist.

Die Titelgruppe 67 stellt einen eigenständigen, in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichenen Deckungskreis dar.

Die Ansätze der Einnahmen sind Schätzwerte und beruhen auf Erfahrungswerten aus 2004. Die tatsächliche finanzielle Entwicklung ist derzeit nicht absehbar, da die Rechtslage erst im Jahr 2005 nach dem rechtskräftigen Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte zur Abwicklung der Bodenreform klargestellt wird.

119 67 neu	871	Sonstige Einnahmen		10.000	10.000
124 67 neu	871	Mieten und Pachten		1.800.000	1.900.000
129 67 neu	871	Sonstige Erlöse		10.000	10.000
131 67 neu	871	Erlöse aus der Veräußerung von unbeweglichen Sachen		300.000	500.000

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Ist 2003	Ansatz 2005	Ansatz 2006
			Angaben in EUR		
162 67 neu	871	Sonstige Zinseinnahmen aus dem Inland		10.000	15.000
356 67 neu	871	Übernahme des Vermögensbestandes		550.000	0
359 67 neu	871	Entnahme aus der Rücklage (Liquiditätssicherungskonto)		0	220.000
<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 67				2.680.000	2.655.000
<u>Nachrichtlich:</u> Summe Einnahmen der Titelgruppen			712.000	49.315.600	42.771.600

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2006
			Ist 2003		
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 4: Personalausgaben

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(425 10) 061 Vergütungen der Angestellten

Dieser Titel wurde umgesetzt nach 12 070/425 10 (Ist 2003: 368.957Euro, Ansatz 2004: 405.000Euro).

(426 10) 061 Löhne der Arbeiter

Dieser Titel wurde umgesetzt nach 12 070/426 10 (Ist 2003: 809.751Euro, Ansatz 2004: 813.000Euro).

(427 20) 061 Vergütungen und Löhne für Aushilfen

Dieser Titel wurde umgesetzt nach 12 070/427 20 (Ist 2003: 7.398Euro, Ansatz 2004: 0Euro).

(462 10) 989 Globale Minderausgaben für Personalausgaben

Dieser Titel wurde umgesetzt nach 12 020/462 10 (Ist 2003: 0Euro, Ansatz 2004: -15.000Euro).

Summe HGr. 4:

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

511 10	061	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	21.000	5.800	5.800
			7.891		

Erläuterungen:

		2005	2006
		EUR	EUR
1.	Geschäftsbedarf	800	800
2.	Bücher Zeitschriften	0	0
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	5.000	5.000
4.	Sonstiges		
Summe		5.800	5.800

Weniger wegen Umsetzung von 2.200,- EUR nach Kapitel 20 630 Titel 511 60 und in Anpassung an das Ist-Ergebnis 2003.

511 20	061	Brief- und Paketgebühren, sonstige Fernmeldegebühren	3.600	1.000	1.000
			2.055		

Erläuterungen:

		2005	2006
		EUR	EUR
1.	Postgebühren	0	0
2.	Mobilfunkanschlüsse	300	300
3.	Fernmeldegebühren	500	700
4.	Sonstiges	200	
Summe		1.000	1.000

Weniger wegen Umsetzung von 1.250,- EUR nach Kapitel 20 630 Titel 511 60 und in Anpassung an das Ist-Ergebnis 2003.

514 10	061	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	19.700	8.500	8.500
			2.851		

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Ist 2003	Ansatz 2005	Ansatz 2006
			Angaben in EUR		

noch zu 514 10

Erläuterungen:

		2005 EUR	2006 EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	8.400	8.400
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	100	100
3.	Verbrauchsmittel		
4.	Sonstiges		
Summe		8.500	8.500

Weniger wegen Umsetzung von 8.000,- EUR nach Kapitel 20 630 Titel 514 60 und in Anpassung an das Ist-Ergebnis 2003.

Bedarf an Dienstfahrzeugen	Bestand 2004		Soll 2005		Soll 2006	
	gesamt	geleast	gesamt	geleast	gesamt	geleast
PKW	6	0	6	0	6	0
Anhänger	3	0	3	0	3	0
Arbeitsmaschine	4	0	4	0	4	0
Dienstfahrrad	1	0	1	0	1	0
Zusammen	14	0	14	0	14	0

517 10	061	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	2.833.000	1.690.800	1.688.600
			2.888.504		

Erläuterungen:

Für landeseigene bzw. in der Verfügungsbefugnis des Landes stehende Gebäude und bauliche Anlagen mit insgesamt 237.555 qm Nettogrundrissfläche ohne Boden- und Kellerraumfläche.

		2005 EUR	2006 EUR
1.	Heizung	663.300	662.700
2.	Strom (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	285.800	285.700
3.	Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung	409.600	409.300
4.	Grundbesitzabgaben	188.000	187.600
5.	Bewachungskosten	16.700	16.200
6.	Sonstiges	127.400	127.100
Summe		1.690.800	1.688.600

Weniger wegen Umsetzung von 720.000,- EUR nach Kapitel 20 630 Titel 517 60 und Verkauf von Liegenschaften, z.B. Werbelinsee (ehemalige Pionierrepublik).

518 10	061	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	2.290.000	2.293.700	2.293.700
			2.295.892		

Erläuterungen:

Darüber hinaus sind Nutzungsentgelte in 2005 und 2006 in Höhe von je 2.203.000 EUR für vom Land genutzte WGT-Liegenschaften veranschlagt.

Siehe Erläuterung bei Titel 124 65.

Für Mieten und Pachten der nachstehend aufgeführten Grundstücke, Gebäude und Räume

	Bezeichnung	Haupt- und Nebenfläche in m ²	Jahresmiete 2005 in EUR	Jahresmiete 2006 in EUR
1.	Frankfurt (Oder), Beeskower Str.	100	700	700
2.	ehem. Fachhochschule in Bernau - Waldfrieden	259.832	90.000	90.000
Summe		259.932	90.700	90.700

518 20	061	Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge	0	0	0
			0		

519 10	061	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	253.000	65.000	65.000
			126.584		

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2006
			Ist 2003		

noch zu 519 10

Angaben in EUR

Erläuterungen:

Hier sind nur Ausgaben zu veranschlagen, deren Ausführung keines bautechnischen Sachverständes bedarf; ansonsten Titel 519 20.

		2005 EUR	2006 EUR
1.	Unterhaltung der landeseigenen Grundstücke	65.000	65.000
2.	Unterhaltung der gemieteten und gepachteten Grundstücke	0	0
Summe		65.000	65.000

Weniger wegen Umsetzung von 70.000,- EUR nach Kapitel 20 630 Titel 519 60 und Abgabe bzw. Verkauf von Liegenschaften (z.B. Liegenschaft Werbellinsee).

525 10	061	Aus- (und Fort)bildung	200	0	0
			0		

526 10	061	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	26.000	25.000	25.000
			44.771		

Erläuterungen:

Ausgaben für Wertermittlungen bei bebauten und unbebauten Grundstücken im Falle des Erwerbs oder der Veräußerung, sowie Aufwendungen in Rechtsstreitigkeiten (z.B. bei Erbschaften) des Landes.

527 10	061	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	800	800	800
			883		

Erläuterungen:

Reisekostenvergütungen für Liegenschaftsarbeiter.

537 10	061	Entwicklung, Verwaltung und Verwertung landeseigener Grundstücke	7.200	7.000	7.000
			128.346		

Einnahmen bei Titel 131 10 dürfen zur Deckung von Mehrausgaben herangezogen werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Kosten (z.B. für Bauvoranfragen) für Grundstücke, die im Zusammenhang mit der Verwaltung bzw. Verwertung entstehen. Diese Haushaltsmittel können auch für Dienstleistungen einer landeseigenen Gesellschaft verwendet werden. Dazu können im Einzelfall Auftragsvergaben für Maßnahmen zur Bauunterhaltung (insbesondere zur Verkehrssicherung) und umfassende Bestandsaufnahmen sowie Entwicklungsplanungen zur Herstellung der Verwertbarkeit gehören.

546 10	061	Sonstiges	47.400	10.000	10.000
			35.243		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die für Betriebe gewerblicher Art (Heizwerk Liegenschaft Heinrich-Mann-Allee 103) abzuführenden Steuern, Rückzahlungen aufgrund von Minderflächen nach Vermessung von Liegenschaften sowie Gebühren für Leistungen der Kataster- und Vermessungsämter.

Weniger wegen Umsetzung von 25.000,- EUR nach Kapitel 20 630 Titel 546 60 und in Anpassung an das Ist-Ergebnis 2003.

546 20	061	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	0	0	0
			0		

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(542 10)	299	Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertenrecht - Sozialgesetzbuch-Neuntes Buch
-----------------	------------	---

Dieser Titel wurde umgesetzt nach 12 020/542 10 (Ist 2003: 0Euro, Ansatz 2004: 2.100Euro).

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2006
			Ist 2003	Angaben in EUR	

aus Titelgruppen: 4.034.700 31.471.000 26.791.900

Summe HGr. 5: 9.536.600 35.578.600 30.897.300

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

671 13	871	Erstattungen an Dritte nach dem Vermögensgesetz bzw. dem Vermögenszuordnungsgesetz	0	0	0
			0		

Angaben dürfen bis zur Höhe der aufkommenden Einnahmen bei Titel 131 13 geleistet werden.

Erläuterungen:

Das Land ist verpflichtet, bei eventuellen Ansprüchen Dritter, die denen des Landes vorgehen, bereits im Titel 131 13 (Kapitel 20 630) vereinnahmte Erlöse auf Verlangen der Berechtigten entsprechend ihrem Anspruch herauszugeben.

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(631 12)	871	Ansprüche des Bundes und der TLG aus der Einigung mit dem Bund über das ehemalige Preußenvermögen	0	0	0
			0		

aus Titelgruppen: 0 1.690.000 1.200.000

Summe HGr. 6: 0 1.690.000 1.200.000

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

811 10	871	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	500	0	0
			0		

812 10	871	Erwerb von Geräten, Ausstattungsgegenständen und Maschinen	0	0	0
			0		

821 10	871	Erwerb von unbebauten und bebauten Grundstücken	4.122.100	3.860.000	3.615.000
			2.245.990		

Gemäß § 15 Abs. 1 LHO wird zugelassen, dass bei einem Grundstückstausch die Einnahmen auf die Ausgaben angerechnet werden. Verbleibende Spitzenbeträge sind beim Einnahmetitel 131 10 bzw. beim Ausgabebetitel nachzuweisen.

Gemäß § 15 Abs. 1 LHO wird zugelassen, dass Einnahmen aus Rückzahlungen in früheren Haushaltsjahren geleistete Ausgaben insbesondere aufgrund Minderflächen nach Vermessung - von den Ausgaben abgesetzt werden.

Siehe Vermerke Nr. 5 bei Titel 131 10.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen aus Zuweisungen des Bundes nach dem Hochschulbauförderungsgesetz für Grundstückserwerb bei Kapitel 15 160 Titel 331 20 geleistet werden.

Von dem Ansatz sind bis zu 102.300 EUR zweckgebunden einzusetzen für Flächenankäufe in Ausübung des Vorkaufsrechts nach § 69 BbgNatSchG; 75.000 EUR für die Leistung von Ausgleichszahlungen nach dem Verkehrsflächenbereinigungsgesetz..

Siehe Vermerk Nr. 2 bei Titel 821 20 und Titel 821 30.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für den Erwerb von Liegenschaften für Einrichtungen des Landes sowie in begrenztem Umfang für Flächen für Zwecke des Naturschutzes. Es sind Ausgaben vorgesehen, sofern Zahlungsverpflichtungen des Landes zur Erlösauskehr bzw. Auskehr des Verkehrswertes aufgrund Zuordnungsvereinbarungen nach dem Vermögenszuordnungsgesetz und gütlicher Einigungen nach dem Vermögensgesetz bestehen. Der Bund beteiligt sich nach dem Hochschulbauförderungsgesetz am Grunderwerb für Hochschulbaumaßnahmen zu 50 v. Hundert an den dem Land entstandenen Ausgaben nach Maßgabe des Rahmenplans. Die Einnahmen hieraus sind bei Kapitel 15 160 Titel 331 20 nachgewiesen.

821 20	062	Abführungen an den Entschädigungsfonds	0	0	0
			69.798		

Einnahmen bei Titel 131 20 dürfen zur Deckung von Mehrausgaben herangezogen werden.

Angaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei Titel 821 10 geleistet werden.

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2006
			Ist 2003		
			Angaben in EUR		

noch zu 821 20

Erläuterungen:

Soweit das Land Brandenburg gemäß § 10 Abs. 1 Nr. 3 und 11 Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz (EALG) vom 27.09.1994 herangezogen wird, sind Ausgaben zu leisten.

821 30	062	Verpflichtungen des Landes zur Erlösauskehr	0	0	0
			0		

*Einnahmen bei Titel 131 20 dürfen zur Deckung von Mehrausgaben herangezogen werden.
 Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei Titel 821 10 geleistet werden.*

Erläuterungen:

Soweit das Land Brandenburg gemäß § 31 Abs. 5 Vermögensgesetz sowie § 16 Investitionsvorranggesetz zur Auskehr des Verkehrswertes bzw. Verkaufserlöses verpflichtet ist, sind Ausgaben zu leisten.

aus Titelgruppen:	3.600	113.600	18.000
--------------------------	--------------	----------------	---------------

Summe HGr. 8:	4.126.200	3.973.600	3.633.000
----------------------	------------------	------------------	------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2006
			Ist 2003	Angaben in EUR	

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 60 Liegenschaften des Verwaltungsgrundvermögens in der Haus- und Grundbesitzverwaltung der Liegenschafts- und Bauämter (u.a. Landesbehördenzentren)

511 60	061	Geschäftsbedarf und Kommunikation	85.000	98.000	98.000
			72.842		

Erläuterungen:

			2005	2006
			EUR	EUR
1.	Geschäftsbedarf		500	500
2.	Postgebühren		300	300
3.	Bücher, Zeitschriften		0	0
4.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände		21.450	21.450
5.	Mobilfunkanschlüsse		3.000	3.000
6.	Sonstiges (Wartung TK-Anlagen, Fernmeldegebühren)		72.750	72.750
Summe			98.000	98.000

Mehr nach Umsetzung von 3.000,- EUR von Kapitel 02 010 Titel 511 69 und 600,- EUR von Kapitel 02 010 Titel 511 20.

Mehr nach Umsetzung von 6.134,- EUR von Kapitel 04 040 Titel 511 61.

Mehr nach Umsetzungen von Kapitel 20 630 Titel 511 10 (2.200,- EUR) und Titel 511 20 (1.250,- EUR).

Mehr wegen Übernahme der Bewirtschaftung für weitere Landesbehörden (z.B. Landesumweltamt im LBGZ Cottbus, Landgericht, Amtsgericht im LBZ Frankfurt (Oder), Erweiterung der TK-Anlage im LBZ Brandenburg für das Amtsgericht).

514 60	061	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	40.400	59.200	54.000
			24.311		

Erläuterungen:

			2005	2006
			EUR	EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen		44.600	44.600
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände		3.700	3.700
3.	Verbrauchsmittel		1.400	1.400
4.	Sonstiges		9.500	4.300
Summe			59.200	54.000

Dieser Titel enthält Umsetzungen von 13 030/514 10 (Ist 2003: 2.689Euro, Ansatz 2004: 3.500Euro).

Mehr wegen Zusammenlegung der Liegenschafts- und Bauverwaltung.

Mehr nach Umsetzung von 3.000 EUR von Kapitel 02 010 Titel 514 69.

Mehr nach Umsetzung von 8.000 EUR von Kapitel 20 630 Titel 514 10.

Bedarf an Dienstfahrzeugen	Bestand 2004		Soll 2005		Soll 2006	
	gesamt	geleast	gesamt	geleast	gesamt	geleast
PKW	12	7	12	9	12	9
LKW	3	0	3	0	3	0
Anhänger	2	0	2	0	2	0
Arbeitsmaschine	8	0	8	0	8	0
Dienstfahrrad	4	0	4	0	4	0
Kleintraktor	0	0	0	0	0	0
Zusammen	29	7	29	9	29	9

517 60	061	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	3.635.000	5.343.400	5.346.400
			3.304.135		

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2006
			Ist 2003		

Angaben in EUR

noch zu 517 60

Erläuterungen:

Für verwaltungseigene Gebäude und bauliche Anlagen mit insgesamt 281.043 m² Nettogrundrissfläche ohne Boden- und Kellerraumfläche.

		2005 EUR	2006 EUR
1.	Heizung	1.286.900	1.287.400
2.	Strom (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	1.284.000	1.284.200
3.	Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung	1.411.200	1.411.200
4.	Grundbesitzabgaben	23.200	23.200
5.	Bewachungskosten	465.200	465.200
6.	Sonstiges	872.900	875.200
Summe		5.343.400	5.346.400

Mehr nach Umsetzung von 722.800,- EUR von Kapitel 02 010 Titel 517 69.

Mehr nach Umsetzung von 38.101,- EUR von Kapitel 04 040 Titel 517 61.

Mehr nach Umsetzung von 720.000,- EUR von Kapitel 20 630 Titel 517 10.

Mehr nach Umsetzung von 193.400 EUR in 2005 und 196.600 EUR in 2006 aus Kapitel 04 040 Titel 517 60.

Mehr wegen Umsetzung von 20.000 EUR infolge der Verlegung des STS Cottbus in das Behördenzentrum Cottbus.

Mehr wegen Umsetzung 30.000 EUR von Kapitel 08 010 Titel 517 10.

Mehr aufgrund der Übernahme der Hausverwaltung für weitere Liegenschaften in Potsdam, Cottbus, Frankfurt (Oder) und Neuruppin und Fertigstellung weiterer Gebäude.

518 60	061	Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge	18.900	22.600	22.600
			7.586		

Die Erläuterungen sind nach § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Erläuterungen:

Dieser Titel enthält Umsetzungen von 13 030/518 30 (Ist 2003: 1.865Euro, Ansatz 2004: 2.200Euro).

Miete und Wartung einer Brandmeldeanlage in den Landesbehördenzentren Brandenburg und Cottbus sowie einer Hebebühne in den Landesbehördenzentren Wünsdorf und Cottbus sowie Potsdam. Miete und Wartung für Notrufleitsystem im LBZ Brandenburg.

Anzahl der im Leasingverfahren beschafften Dienstfahrzeuge	2004		2005		2006	
	vorhanden	davon neu	vorhanden	davon neu	vorhanden	davon neu
PKW	7	9	3	9	1	1
Zusammen	7	9	3	9	1	1

Vorhandene geleaste Personenkraftwagen am 01.01.2003 : 1

1 PKW mit einer monatlichen Leasingrate i. H. v. 165 €

519 60	061	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	250.000	306.300	306.400
			169.534		

Erläuterungen:

		2005 EUR	2006 EUR
1.	Unterhaltung an landeseigenen Grundstücken	306.300	306.400
2.	Unterhaltung an gemieteten und gepachteten Grundstücken	0	0
Summe		306.300	306.400

Mehr wegen Umsetzung von 65.000,- EUR von Kapitel 20 630 Titel 519 10 und Übernahme der Hausverwaltung für weitere Liegenschaften in Potsdam, Cottbus und Frankfurt (Oder).

Mehr wegen Umsetzung von 1.300 EUR in 2005 und 1.400 EUR 2006 aus Kapitel 04 040 Titel 519 60 wegen Übernahme der Hausverwaltung in Neuruppin.

525 60	061	Aus- und Fortbildung	400	500	500
			0		

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Ist 2003	Ansatz 2005	Ansatz 2006
			Angaben in EUR		

noch zu 525 60

Erläuterungen:

		2005 EUR	2006 EUR
1.	Aus- und Fortbildung	500	500
2.	Lehr- und Lernmittel	0	0
Summe		500	500

Veranschlagt sind die Kosten für die fachspezifische Weiterbildung der Liegenschaftsarbeiter in den LBZ zur Bedienung/Wartung technischer Anlagen (einschl. Aufzüge).

Umsetzung von 100,- EUR von Kapitel 02 010 Titel 525 10.

526 60	061	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	0	0	0
			0		
537 60	061	Entwicklungskosten für Grundstücke	0	0	0
			0		
546 60	061	Vermischte Ausgaben	5.000	30.000	30.000
			0		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die für Betriebe gewerblicher Art (Heizwerk im Landesbehördenzentrum Wünsdorf) sowie für den Betrieb von Kantinen in den LBZ abzuführenden Steuern.

Mehr nach Umsetzung von 25.000 EUR von Kapitel 20 630 Titel 546 10.

811 60	871	Erwerb von Dienstfahrzeugen	3.600	83.600	0
			0		

Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Erläuterungen:

1. Erstbeschaffungen

		2005 EUR	2006 EUR
1.1	Zusatzgerät Multicar LBGZ Cottbus	3.600	0
Summe		3.600	0

Ersatzbeschaffungen:

2005/2006		2005 EUR	2006 EUR
2/0	Kleintraktor	80.000	0
	Zusammen	80.000	0

Aussonderung:

2005/2006	
2/0	PKW
2/0	Zusammen

812 60	871	Erwerb von Geräten, Ausstattungsgegenständen und Maschinen	0	0	0
			0		

Nachrichtlich: Summe TGr. 60 **4.038.300 5.943.600 5.857.900**

TGr. 64 Umsetzung der Altersteilzeitarbeit

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(425 64) 950 Vergütungen der Angestellten in der Altersteilzeitarbeit

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2006
			Ist 2003		
Angaben in EUR					

noch zu 425 64

Dieser Titel wurde umgesetzt nach 12 020/425 64 (Ist 2003: 0Euro, Ansatz 2004: 0Euro).

(426 64) 950 Löhne der Arbeiter in der Altersteilzeitarbeit

Dieser Titel wurde umgesetzt nach 12 020/426 64 (Ist 2003: 52.521Euro, Ansatz 2004: 0Euro).

(919 64) 950 Zuführung zu der Rücklage Altersteilzeitarbeit

Dieser Titel wurde umgesetzt nach 12 020/919 64 (Ist 2003: 0Euro, Ansatz 2004: 0Euro).

Nachrichtlich: Summe TGr. 64

TGr. 65 WGT-Liegenschaftsvermögen im AGV

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Die am Jahresende verbleibenden Einnahmen bzw. Minderausgaben bilden das Jahresergebnis und dürfen zu 100 vH einer Rücklage bei Titel 919 65 zugeführt werden.

Das jeweilige Jahresergebnis ist bis zur Erschöpfung des Vermögens in das Folgejahr zu übertragen.

Die Rücklagen sind ausschließlich zum Ausgleich von Mindereinnahmen und Mehrausgaben der Titelgruppe 65, insbesondere zur Finanzierung der Verpflichtungen und Risiken des WGT-Liegenschaftsvermögens im AGV, zu verwenden.

Erläuterungen:

Mit dem "Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Verwertung der Liegenschaften der Westgruppe der Truppen" vom 20.04.2004 wird das Sondervermögen "Grundstücksfonds Brandenburg" zum 31.12.2004 aufgelöst und in den Landeshaushalt überführt. Die bisher dem Sondervermögen

- Teil: WGT-Liegenschaften - zuzurechnende Vermögensmasse wird in der Titelgruppe 65 "WGT-Liegenschaftsvermögen im AGV" im Kapitel 20 630 ausgewiesen.

Die Verwertung und Verwaltung erfolgt weiterhin auf der Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrages durch die Brandenburgische Boden Gesellschaft für Grundstücksverwaltung und -verwertung mbH, deren alleiniger Gesellschafter das Land Brandenburg ist.

Über das WGT-Liegenschaftsvermögen ist gem. § 8 WGT-LVG spätestens am 01.07.2009 eine Schlussrechnung zu fertigen.

Nach Abzug der Kosten und notwendigen Rückstellungen für die Beräumung von den auf den Grundstücken befindlichen Belastungen erhalten die Landkreise und die Gemeinden des Landes Brandenburg jeweils 25 vH der verbleibenden Erlöse.

Ausgaben werden geleistet für:

- Verkehrssicherungsmaßnahmen, Bewachung, Grundbesitzabgaben und weitere Bescheide, Betriebskosten
- Durchführung unvermeidbarer Instandhaltungsarbeiten
- Wertgutachten, Vertragsmanagement, Sachverständigen- und Gerichtskosten
- Sanierungsuntersuchungen und -planungen, Altlastensanierungs- und Abfallentsorgungsmaßnahmen, partielle Kampfmittelräumungen
- Zahlungen für die Bewirtschaftung der Forst- und Forstfreiflächen an das MLUV
- Grundstücksneubildung, Marktfähigkeit, Marketing, Entwicklungsprojekte, Rückbaumaßnahmen, Ökopoolprojekte
- Ausgaben für Nebenkosten im Geldverkehr
- Vergütung der BBG gem. Geschäftsbesorgungsvertrag vom 14/15.01.2004
- Erstattungen für bestehende und zu erwartende kaufvertragliche Verpflichtungen für Altlastensanierungen, Abfallbeseitigungen und Kampfmittelräumungen, Rückabwicklung von Kaufverträgen

517 65	871	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	0	2.590.000	2.210.000
			0		
519 65	871	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	0	60.000	50.000
			0		
526 65	871	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	0	500.000	255.000
			0		
532 65	871	Gefahrenabwehr Umwelt	0	5.470.000	4.000.000
			0		

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2006
			Ist 2003	Angaben in EUR	
533 65	871	Ausgaben für Forsten	0 0	410.000	140.000
537 65	871	Entwicklungskosten für die Verwertung von Grundstücken neu		9.360.000	7.570.000
546 65	871	Vermischte Ausgaben neu		5.000	5.000
547 65	871	Vergütungen von Dienstleistungen	0 0	4.300.000	3.900.000
631 65	871	Sonstige Zuweisungen an den Bund	0 0	0	0
671 65	871	Erstattungen an Inland	0 0	1.690.000	1.200.000
919 65	871	Zuführung an die Rücklage neu		16.183.000	14.983.000
Weggefallene oder umgesetzte Titel					
(534 65)	871	Sonstige Ausgaben	0 0		
(693 65)	871	Vermögensübertragungen an Gemeinden und Gemeindeverbänden	0 0		
(711 65)	871	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	0 0		
(712 65)	871	Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	0 0		
Nachrichtlich: Summe TGr. 65			0	40.568.000	34.313.000

TGr. 66 Bodenreformvermögen aus der Durchsetzung der Ansprüche (LgBÄ)

Die Einnahmen der TG 66 dienen der Deckung der Ausgaben der Titelgruppe 66.

Die Ausgaben der Titelgruppe sind untereinander deckungsfähig.

Die am Jahresende verbleibenden Einnahmen bzw. Minderausgaben bilden das Jahresergebnis und dürfen zu 100 vH einer Rücklage bei Titel 919 66 zugeführt werden.

Die Rücklagen sind ausschließlich zum Ausgleich von Mindereinnahmen und Mehrausgaben der Titelgruppe 66 zu verwenden.

Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2006
			Ist 2003		
Angaben in EUR					

Erläuterungen:

Mit dem Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Verwertung der Liegenschaften der Truppen vom 20.04.2004 wird das Sondervermögen "Grundstücksfonds Brandenburg" zum 31.12.2004 aufgelöst und in den Landeshaushalt überführt. Der Bund hat sich gem. Artikel 233 § 16 Abs. 1 Satz 3 EGBGB vorbehalten, über eine endgültige Aufteilung des Bodenreformvermögens zwischen Bund und den neuen Ländern durch ein besonderes Bundesgesetz zu entscheiden. Daher ist das Bodenreformvermögen getrennt vom übrigen Landesvermögen aufzuführen.

Die bisher dem Sondervermögen - Teil: Bodenreformvermögen aus der Durchsetzung der Ansprüche - zuzurechnende Vermögensmasse wird in dieser Titelgruppe ausgewiesen.

Mit der Durchsetzung der Ansprüche des Landes aus der Abwicklung der Bodenreform sind die Liegenschafts- und Bauämter Cottbus, Frankfurt/Oder und Potsdam beauftragt. Nach der Übertragung der Bodenreformgrundstücke auf das Land werden diese durch einen Geschäftsbesorger verwaltet und verwertet (Titelgruppe 67). Gemäß Vertrag vom 21.01./02.02.2004 ist der Geschäftsbesorger verpflichtet, den durch einen unabhängigen Wirtschaftsprüfer festgestellten Überschuss des Vorjahres aus der Verwaltung und Verwertung der Liegenschaften aus der Bodenreform (Titelgruppe 67) - ggf. unter Abzug einer mit dem Ministerium der Finanzen abzustimmenden Liquiditätsreserve - an die Titelgruppe 66 abzuführen.

Die Ansätze der Einnahmen und Ausgaben der Titelgruppe entsprechen den Ergebnissen des Jahres 2004. Die weitere finanzielle Entwicklung ist derzeit nicht absehbar, da eine Klärung der Rechtslage erst im Jahr 2005 nach dem rechtskräftigen Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte zur Abwicklung der Bodenreform erfolgt.

Die Titelgruppe 66 stellt einen eigenständigen, in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichenen Deckungskreis dar.

517 66	871	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume		33.000	33.000
neu					
526 66	871	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten		415.000	400.000
neu					
546 66	871	Sonstige Verwaltungsausgaben		8.000	8.000
neu					
812 66	871	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen		30.000	18.000
neu					
919 66	871	Zuführung zur Rücklage		4.566.000	4.339.000
neu					
Nachrichtlich: Summe TGr. 66				5.052.000	4.798.000

TGr. 67 Verwaltung und Verwertung der Liegenschaften aus dem Bodenreformvermögen

*Die Einnahmen der TG 67 dienen der Deckung der Ausgaben der TG 67.
 Die Ausgaben der Titelgruppe sind untereinander deckungsfähig.
 Die am Jahresende verbleibenden Einnahmen bzw. Minderausgaben bilden das Jahresergebnis und dürfen zu 100 vH einer Rücklage bei Titel 919 67 zugeführt werden.
 Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.*

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Ist 2003	Ansatz 2005	Ansatz 2006
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Mit dem Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Verwertung der Liegenschaften der Truppen vom 20.04.2004 wird das Sondervermögen "Grundstücksfonds Brandenburg" zum 31.12.2004 aufgelöst und in den Landeshaushalt überführt. Die bisher dem Sondervermögen - Teil: Verwaltung und Verwertung der Liegenschaften aus dem Bodenreformvermögen - zuzurechnende Vermögensmasse wird in dieser Titelgruppe ausgewiesen.

Die Verwertung und Verwaltung erfolgt weiterhin auf der Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrages durch die Brandenburgische Boden Gesellschaft für Grundstücksverwaltung und- verwertung mbH, deren alleiniger Gesellschafter das Land Brandenburg ist.

Die Tgr. 67 stellt einen eigenständigen in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichenen Deckungskreis dar.

Gemäß Vertrag vom 21.01./02.02.2004 ist der Geschäftsbesorger verpflichtet, den durch einen unabhängigen Wirtschaftsprüfer festgestellten Überschuss des Vorjahres - ggf. unter Abzug einer mit dem Ministerium der Finanzen abzustimmenden Liquiditätsreserve - an die Titelgruppe 66 Titel 121 66 abzuführen.

Die Ansätze der Ausgaben sind Schätzwerte und beruhen auf Erfahrungswerten aus 2004. Die tatsächliche finanzielle Entwicklung ist derzeit nicht absehbar, da die Rechtslage erst im Jahr 2005 nach dem rechtskräftigen Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte zur Abwicklung der Bodenreform klargestellt wird.

517 67	871	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume		505.000	460.000
neu					
519 67	871	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen		45.000	45.000
neu					
526 67	871	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten		100.000	40.000
neu					
532 67	871	Gefahrenabwehr Umwelt		5.000	5.000
neu					
533 67	871	Ausgaben für Forsten		5.000	15.000
neu					
537 67	871	Entwicklungskosten für die Verwertung von Grundstücken		5.000	10.000
neu					
546 67	871	Vermischte Ausgaben		3.000	2.000
neu					
547 67	871	Vergütung von Dienstleistungen		1.792.000	1.786.000
neu					
671 67	871	Erstattungen an Inland		0	0
neu					
697 67	871	Vermögensübertragung aus Überschussbeteiligung an TG 66		0	0
neu					
919 67	871	Zuführung an die Rücklage (Liquiditätssicherungskonto)		220.000	292.000
neu					

Nachrichtlich: Summe TGr. 67 **2.680.000** **2.655.000**

Nachrichtlich: Summe Ausgaben der Titelgruppen **4.038.300** **54.243.600** **47.623.900**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2006
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	12.379.100	27.585.600	24.805.600
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	0	28.278.000	23.839.000
Gesamteinnahme		12.379.100	55.863.600	48.644.600

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	9.536.600	35.578.600	30.897.300
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	0	1.690.000	1.200.000
HGr. 7	Baumaßnahmen	0	0	0
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	4.126.200	3.973.600	3.633.000
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben		20.969.000	19.614.000
Gesamtausgabe		13.662.800	62.211.200	55.344.300
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-1.283.700	-6.347.600	-6.699.700

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2006
			Ist 2003	Angaben in EUR	

Einnahmen

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

325 10	920	Schuldenaufnahmen auf dem Kapitalmarkt	1.122.456.400	971.376.000	826.386.100
			1.164.672.005		

Einnahmen aus Kreditaufnahmen dürfen in das folgende Haushaltsjahr umgebucht werden. Desgleichen dürfen am Anfang des folgenden Haushaltsjahres eingehende Einnahmen aus Kreditaufnahmen noch zugunsten des abschließenden Haushaltsjahres gebucht oder umgebucht werden.

Den Einnahmen aus Kreditaufnahmen wachsen die Beträge zur Tilgung von im Haushaltsjahr fälligen Krediten zu.

Erläuterungen:

Weniger wegen Rückführung der Kreditaufnahmen.

Summe HGr. 3:	1.122.456.400	971.376.000	826.386.100
---------------	----------------------	--------------------	--------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2006
			Ist 2003		

Angaben in EUR

Ausgaben

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

511 10	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	14.100 0	14.100	14.100
--------	-----	--	-------------	--------	--------

Erläuterungen:

		2005 EUR	2006 EUR
1.	Geschäftsbedarf		
2.	Bücher, Zeitschriften		
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände		
4.	Sonstiges	14.100	14.100
Summe		14.100	14.100

Für die Wartung und Pflege des DV-Verfahrens für die Schuldenverwaltung und des Renditeprogramms für die Schuldenaufnahme.

527 30	920	Reisekosten im direkten Zusammenhang mit der Begebung von Anleihen	0 0	20.000	20.000
--------	-----	---	--------	--------	--------

Erläuterungen:

Ausgaben für die notwendige Reisetätigkeit zur Absicherung des Absatzes von Anleihen.

531 30	011	Nachrichtenagentur- und Informationsdienste	33.900 28.560	41.600	41.600
--------	-----	--	------------------	--------	--------

Erläuterungen:

Mehr wegen Abschluss eines neuen Informationsdienstes.

538 10	920	Aufträge an Dritte im Rahmen des DV-Einsatzes der Schuldenverwaltung und des Kreditreferates	10.000 5.807	130.800	53.000
--------	-----	---	-----------------	---------	--------

Erläuterungen:

Mehr wegen Beteiligung des Landes an der Entwicklung eines Programmes für die Schulden-, Derivat und Wertpapierverwaltung der Ländergemeinschaft.

546 20	920	Ausgaben für Beratung, Rating und sonstige Dienstleistungen Außenstehender	125.000 87.000	509.400	580.200
--------	-----	---	-------------------	---------	---------

Erläuterungen:

Ausgaben für Ratings durch internationale Ratingagenturen. Diesen Ratings wird große Bedeutung am Kapitalmarkt beigemessen.

		2005 EUR	2006 EUR
1.	Fachverfahren		
1.1	MTN - Programm zur Begebung von Anleihen	32.400	32.400
1.2	Moody's - Rating	232.000	244.600
1.3	Standart & Poor's - Rating	168.000	226.200
1.4	Beratung - Schuldenmanagement	75.000	75.000
1.5	Sonstiges	2.000	2.000
Summe zu 1.		509.400	580.200
Summe		509.400	580.200

Mehr wegen Beendigung der eingeräumten Sonderkonditionen der Ratingagenturen sowie Aufwendungen für das Management bei der Begebung von Benchmark Emissionen sowie Nutzung MTN-Programm für die internationale Kreditaufnahme.

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 650 Schuldenverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2006
			Ist 2003	Angaben in EUR	
575 10	920	Zinsen für Kreditmarktmittel	833.900.000	796.024.600	833.807.600
			758.481.853		
<p><i>Zinseinnahmen fließen den Ausgaben zu.</i> <i>Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Titel 575 20 und Kapitel 20 020 Titel 575 10.</i></p> <p>Erläuterungen: 2005: Weniger wegen Tilgung von Krediten mit hohen Zinssätzen bei gleichzeitiger Aufnahme von Krediten zu günstigeren Konditionen. 2006: Mehr wegen erhöhtem Schuldenstand des Landes.</p>					
575 20	920	Bonifikation, Disagio und Diskont bei Wertpapieren und Schuldscheindarlehen sowie Nebenkosten	13.100.000	16.300.000	17.900.000
			16.912.666		
<p><i>Siehe Deckungsvermerk bei Titel 575 10.</i></p> <p>Erläuterungen: Der Ansatz wurde auf der Grundlage von Erfahrungswerten geschätzt. Mehr wegen Erhöhung des Anteils von Wertpapieren (Benchmark-Anleihen, Privatplatzierungen) bei der Kreditaufnahme und in Anpassung an das Ist-Ergebnis 2003.</p>					
Weggefallene oder umgesetzte Titel					
(547 10)	920	Depotumstellungskosten	0	0	0
<hr/>					
Summe HGr. 5:			847.183.000	813.040.500	852.416.500
HGr. 9: Besondere Finanzierungsausgaben					
961 10	970	Ausgleich von Fehlbeträgen	125.700.000	0	0
			200.000.000		
<hr/>					
Summe HGr. 9:			125.700.000	0	0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2006
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	1.122.456.400	971.376.000	826.386.100
--------	---	---------------	-------------	-------------

Gesamteinnahme		1.122.456.400	971.376.000	826.386.100
-----------------------	--	----------------------	--------------------	--------------------

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	847.183.000	813.040.500	852.416.500
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	125.700.000	0	0

Gesamtausgabe		972.883.000	813.040.500	852.416.500
----------------------	--	--------------------	--------------------	--------------------

Überschuss (+) / Zuschuss (-)		149.573.400	158.335.500	-26.030.400
--------------------------------------	--	--------------------	--------------------	--------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2006
			Ist 2003	Angaben in EUR	

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

119 35	018	Einnahmen aus der Einzahlung von Versorgungszuschlägen durch beurlaubte Beamte	500.000	600.000	600.000
			580.215		

Erläuterungen:

Mehr wegen erhöhter Anzahl von Beurlaubungen aus dem Beamtenverhältnis und in Anpassung an das Ist-Ergebnis 2003.

Summe HGr. 1:	500.000	600.000	600.000
---------------	----------------	----------------	----------------

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

Erläuterungen:

Zu den Titeln 231 10 - 233 10:

Veranschlagt sind:

Einnahmen aus beteiligter Dienstherren an den Versorgungslasten des Landes in den Fällen der Übernahme eines Beamten oder Richters nach Vollendung des 45. Lebensjahres vom Bund oder einem anderen Dienstherrn im früheren Bundesgebiet aufgrund §§ 107 b, 107c des Beamtenversorgungsgesetzes.

231 10	018	Erstattungen von Versorgungsbezügen durch den Bund	2.395.700	2.639.900	2.810.500
			1.925.146		

Erläuterungen:

Mehr wegen Umsetzung von 40.000 EUR von Kapitel 12 050 Titel 231 10 und Zunahme der Anzahl der Versorgungsempfänger.

232 10	018	Erstattungen von Versorgungsbezügen durch die Länder	3.486.300	3.816.400	4.063.000
			4.094.555		

Erläuterungen:

Mehr wegen Zunahme der Anzahl der Versorgungsempfänger.

233 10	018	Erstattungen von Versorgungsbezügen durch die Gemeinden	160.000	160.000	168.000
			154.170		

Summe HGr. 2:	6.042.000	6.616.300	7.041.500
---------------	------------------	------------------	------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2006
			Ist 2003		

Angaben in EUR

Ausgaben

HGr. 4: Personalausgaben

424 10	018	Zuführung an das Sondervermögen "Versorgungsrücklage für Minister, Beamte und Richter"	6.548.900 5.154.618	6.633.400	6.697.700
--------	-----	--	------------------------	-----------	-----------

Die nach § 6 des Brandenburgischen Versorgungsrücklagengesetzes abzuführenden Beträge aus den Gruppen 421 und 422 fließen diesem Titel zu.

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der zufließenden Beträge nach dem Brandenburgischen Versorgungsrücklagengesetz aus den Gruppen 421 und 422 an die Versorgungsrücklage des Landes Brandenburg geleistet werden.

Erläuterungen:

Nach dem Brandenburgischen Versorgungsrücklagengesetz ist auf der Grundlage des § 14 a des Bundesbesoldungsgesetzes (BBesG) wie beim Bund und bei den anderen Ländern der Aufbau von Versorgungsrücklagen als Sondervermögen vorgesehen, die aus der Verminderung der allgemeinen Besoldungsanpassungen zu bilden sind. Mit der Versorgungsrücklage soll die Finanzierung der Versorgungen ab dem Jahre 2014 unterstützt werden. Das Ministerium der Finanzen verwaltet die Versorgungsrücklage des Landes. Die Anlage der Mittel des Sondervermögens ist der InvestitionsBank des Landes Brandenburg übertragen worden.

Die Übersicht zum Wirtschaftsplan des Sondervermögens "Versorgungsrücklage des Landes Brandenburg" wird am Ende des Kapitels 20 710 ausgewiesen.

431 10	018	Versorgungsbezüge des Ministerpräsidenten und der Minister sowie deren Hinterbliebener	541.900 504.958	541.900	541.900
--------	-----	--	--------------------	---------	---------

432 10	018	Versorgungsbezüge der Beamten und Richter sowie deren Hinterbliebener	6.492.000 3.962.050	0	0
--------	-----	---	------------------------	---	---

Erläuterungen:

Umgesetzt nach Kapitel 01 020 Titel 432 10; Kapitel 02 010 Titel 432 10; Kapitel 04 020 Titel 432 10, Kapitel 07 020 Titel 432 10; Kapitel 08 020 Titel 432 10; Kapitel 10 020 Titel 432 10; Kapitel 11 020 Titel 432 10; Kapitel 13 010 Titel 432 10; Kapitel 14 010 Titel 432 10; Kapitel 20 020 Titel 432 10.

432 11	048	Versorgungsbezüge der Beamten und Richter sowie deren Hinterbliebener im Bereich der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (Epl. 03)	9.492.000 7.922.265	0	0
--------	-----	--	------------------------	---	---

Erläuterungen:

Umgesetzt nach Kapitel 03 020 Titel 432 10.

432 12	058	Versorgungsbezüge der Beamten und Richter sowie deren Hinterbliebener im Bereich des Rechtsschutzes (Epl. 04)	4.673.000 3.352.294	0	0
--------	-----	---	------------------------	---	---

Erläuterungen:

Umgesetzt nach Kapitel 04 020 Titel 432 10.

432 13	068	Versorgungsbezüge der Beamten und Richter sowie deren Hinterbliebener im Bereich der Finanzverwaltung (Epl. 12)	1.970.000 1.220.250	0	0
--------	-----	---	------------------------	---	---

Erläuterungen:

Umgesetzt nach Kapitel 12 020 Titel 432 10.

432 14	118	Versorgungsbezüge der Beamten und Richter sowie deren Hinterbliebener im Bereich der Schulen (Epl. 05)	1.502.000 1.275.508	0	0
--------	-----	--	------------------------	---	---

Erläuterungen:

Umgesetzt nach Kapitel 05 020 Titel 432 10.

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 710 Versorgung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2006
			Ist 2003	Angaben in EUR	
432 15	138	Versorgungsbezüge der Beamten und Richter sowie deren Hinterbliebener im Bereich der Hochschulen (Epl. 06)	1.871.000 1.315.779	0	0
Erläuterungen:					
Umgesetzt nach Kapitel 06 020 Titel 432 10.					
434 10	018	Zuführung an das Sondervermögen "Versorgungsrücklage für Versorgungsempfänger sowie deren Hinterbliebenen"	283.300 81.640	553.400	833.400
<i>Die nach § 6 des Brandenburgischen Versorgungsrücklagengesetzes abzuführenden Beträge aus den Gruppen 431 und 432 fließen diesem Titel zu.</i>					
<i>Ausgaben dürfen bis zur Höhe der zufließenden Beträge nach dem Brandenburgischen Versorgungsrücklagengesetz aus den Gruppen 431 und 432 an die Versorgungsrücklage des Landes Brandenburg geleistet werden.</i>					
Erläuterungen:					
Nach dem Brandenburgischen Versorgungsrücklagengesetz ist auf der Grundlage des § 14 a des Bundesbesoldungsgesetzes (BBesG) wie beim Bund und bei den anderen Ländern der Aufbau von Versorgungsrücklagen als Sondervermögen vorgesehen, die aus der Verminderung der allgemeinen Versorgungsanpassungen zu bilden sind. Dies gilt entsprechend für die Amts- und Amtsversorgungsbezüge der Mitglieder der Landesregierung. Mit der Versorgungsrücklage soll die Finanzierung der Versorgungen ab dem Jahre 2014 unterstützt werden. Das Ministerium der Finanzen verwaltet die Versorgungsrücklage des Landes. Die Anlage der Mittel des Sondervermögens ist der InvestitionsBank des Landes Brandenburg übertragen worden. weiter siehe Titel 424 10					
435 10	018	Versorgungsbezüge der Angestellten und deren Hinterbliebener	0 0	0	0
436 10	018	Versorgungsbezüge der Arbeiter und deren Hinterbliebener	0 0	0	0
443 10	018	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	38.900 24.078	38.900	38.900
Erläuterungen:					
Zu den Titeln 446 10 - 446 15:					
Die Beihilfen für Versorgungsempfänger aufgrund der Beihilfevorschriften werden seit dem Haushaltsjahr 2002 einzelnen Funktionsbereichen zugeordnet (Kapitel 446 10 bis 446 15).					
Mehr wegen Zunahme der Anzahl von Versorgungsempfängern (mit Beihilfeanspruch), höherer Heilkosten, veränderter Altersstruktur und in Anpassung an das Ist-Ergebnis 2003.					
446 10	018	Beihilfen für Versorgungsempfänger und dgl.	360.900 328.713	469.500	601.500
446 11	048	Beihilfen für Versorgungsempfänger aufgrund der Beihilfevorschriften im Bereich der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (Epl. 03)	822.000 567.470	1.097.400	1.427.900
446 12	058	Beihilfen für Versorgungsempfänger aufgrund der Beihilfevorschriften im Bereich des Rechtsschutzes (Epl. 04)	322.900 304.438	425.800	551.600
446 13	068	Beihilfen für Versorgungsempfänger aufgrund der Beihilfevorschriften im Bereich der Finanzverwaltung (Epl. 12)	121.700 94.317	160.600	206.900
446 14	118	Beihilfen für Versorgungsempfänger aufgrund der Beihilfevorschriften im Bereich der Schulen (Epl. 05)	205.600 209.300	298.100	432.300

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 710 Versorgung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2006
			Ist 2003	Angaben in EUR	
446 15	138	Beihilfen für Versorgungsempfänger aufgrund der Beihilfevorschriften im Bereich der Hochschulen (Epl. 06)	128.400 99.929	165.800	211.300
Summe HGr. 4:			35.374.500	10.384.800	11.543.400
HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen					
631 10	018	Erstattungen an den Bund für Sonderversorgungen der Angehörigen der Polizei, der Organe der Feuerwehr und des Strafvollzugs	144.700.000 134.743.674	137.555.000	134.867.200
Erläuterungen:					
Erstattungen an den Bund nach dem Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz (BGBI. I 1991, S. 1677) für Kosten aus dem ehemaligen Sonderversorgungssystem der Deutschen Volkspolizei, der Feuerwehr und des Strafvollzugs, sowie der Rentenversicherungsbeiträge nach § 9 des Rentenüberleitungsgesetzes (RÜG) vom 25.07.1991, sowie Verwaltungskosten, die das Bundesversicherungsamt geltend macht. Die Mittel werden vom Ministerium des Innern bewirtschaftet.					
631 11	018	Erstattungen an den Bund für Zusatzversorgungssysteme	301.070.000 278.194.321	270.800.000	267.000.000
Erläuterungen:					
Nach § 15 des Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz (BGBI. Teil I Seite 1677 von 1991) werden dem Bund die entstehenden Aufwendungen für die Zusatzversorgungssysteme in Höhe von zwei Dritteln von den neuen Bundesländern erstattet. Die Mittel werden vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie bewirtschaftet.					
632 10	048	Erstattungen von Versorgungsbezügen an Länder	29.400 79.421	34.000	62.000
Erläuterungen:					
Ausgaben für die Beteiligung an Versorgungslasten aufnehmender Dienstherren (Länder) in den Fällen der Übernahme eines Beamten oder Richters nach Vollendung des 45. Lebensjahres aufgrund §§ 107 b, 107 c des Beamtenversorgungsgesetzes.					
Mehr wegen Aufnahme von weiteren Versorgungsfällen.					
Summe HGr. 6:			445.799.400	408.389.000	401.929.200

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2004	Ansatz 2005	Ansatz 2006
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	500.000	600.000	600.000
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	6.042.000	6.616.300	7.041.500
Gesamteinnahme		6.542.000	7.216.300	7.641.500

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	35.374.500	10.384.800	11.543.400
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	445.799.400	408.389.000	401.929.200
Gesamtausgabe		481.173.900	418.773.800	413.472.600
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-474.631.900	-411.557.500	-405.831.100

**Übersicht über den
Wirtschaftsplan des Sondervermögens "Versorgungsrücklage des Landes Brandenburg"**

zu Kapitel 20 710
Titel 424 10

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	Soll 2004 EUR	Ansatz	Ansatz
			Ist 2003 EUR	2005 EUR	2006 EUR
Einnahmen					
Steuern und steuerähnliche Abgaben					
099 10	018	Aus dem Landeshaushalt - Zuführung zur Versorgungsrücklage Haushaltsvermerk Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Ausgaben bei folgenden Titeln: 831 10, 831 20 Erläuterungen Die Zuführungen entsprechen den Ausgaben bei den Titeln 424 10 und 434 10 des Landeshaushaltsplanes.	6.832.200 5.236.257,40	7.186.800	7.531.100
099 20	018	Landesversicherungsanstalt - Zuführung zur Versorgungsrücklage Haushaltsvermerk Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Ausgaben bei folgenden Titeln: 831 10, 831 20	23.500 20.451,00	24.500	25.500
099 30	018	Stiftung Preußische Schlösser und Gärten – Zuführung zur Versorgungsrücklage Haushaltsvermerk Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Ausgaben bei folgenden Titeln: 831 10, 831 20	3.600	3.800	6.200
Übrige Einnahmen					
134 10	018	Einnahmen aus Rückflüssen angelegter Mittel -Wertpapieranlage- Haushaltsvermerk Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Ausgaben bei folgenden Titeln: 831 10, 831 20 Erläuterung Bei diesem Titel wird das von der ILB zurückgezahlte Kapital - aus der Rückzahlung von angelegten Wertpapieren- gebucht.	-	-	-
134 20	018	Einnahmen aus Rückflüssen angelegter Mittel aus sonstigen Anlagen Haushaltsvermerk Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Ausgaben bei folgenden Titeln: 831 10, 831 20 Bei diesem Titel wird das von der ILB zurückgezahlte Kapital - aus dem Rückfluss von sonstigen angelegten Mitteln- gebucht.	254.347 497.102,14	508.694	550.894
154 10	018	Zinseinnahmen aus Wertpapieranlage Haushaltsvermerk Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Ausgaben bei folgenden Titeln: 546 10, 546 20, 546 30, 831 10, 671 10	1.267.047 737.375,00	1.400.000	1.650.000
154 20	018	Zinseinnahmen aus sonstigen Anlagen Haushaltsvermerk Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Ausgaben bei folgenden Titeln: 831 10, 831 20	10.000 12.894,89	10.000	10.000
Gesamteinnahmen			8.390.694 6.504.080,43	9.133.794	9.773.694

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	Soll 2004 EUR	Ansatz	Ansatz
			Ist 2003 EUR	2005 EUR	2006 EUR
Ausgaben					
Sächliche Verwaltungsausgaben					
546 10	018	Depotkosten für Wertpapiere aus dem Landeshaushalt Haushaltsvermerk Ausgaben dürfen nur bis zur Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen bei Titel 154 10 geleistet werden.	1.993 1.682,35	1.993	1.993
546 20	018	Depotkosten für Wertpapiere der Landesversicherungsanstalt Haushaltsvermerk Ausgaben dürfen nur bis zur Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen bei Titel 154 20 geleistet werden.	6 5,05	6	6
546 30	018	Depotkosten für Wertpapiere der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Haushaltsvermerk Ausgaben dürfen nur bis zur Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen bei Titel 154 30 geleistet werden.	1 0,40	1	1
575 10	018	Anfallende Stückzinsen bei Wertpapierkauf Landeshaushalt Haushaltsvermerk Ausgaben dürfen nur bis zur Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen bei Titel 154 10 geleistet werden.	299.100 70.100,71	300.000	300.000
575 30	018	Anfallende Stückzinsen bei Wertpapierkauf LVA Haushaltsvermerk Ausgaben dürfen nur bis zur Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen bei Titel 154 10 geleistet werden.	800 210,28	800	800
575 40	018	Anfallende Stückzinsen bei Wertpapierkauf für die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Haushaltsvermerk Ausgaben dürfen nur bis zur Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen bei Titel 154 10 geleistet werden.	100 16,88	100	100
634 10	018	Entnahme von Mitteln aus der Versorgungsrücklage für den Landeshaushalt Haushaltsvermerk Ausgaben sind gemäß § 7 BbgVRG bis 31.12.2017 gesperrt.	- -	-	-
634 20	018	Entnahme von Mitteln aus der Versorgungsrücklage für den Landesversicherungsanstalt Haushaltsvermerk Ausgaben sind gemäß § 7 BbgVRG bis 31.12.2017 gesperrt.	- -	-	-
634 30	018	Entnahme von Mitteln aus der Versorgungsrücklage für die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Haushaltsvermerk Ausgaben sind gemäß § 7 BbgVRG bis 31.12.2017 gesperrt.	- -	-	-

**Übersicht über den
Wirtschaftsplan des Sondervermögens "Versorgungsrücklage des Landes Brandenburg"**

zu Kapitel 20 7 10
Titel 424 10

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	Soll 2004 EUR	Ansatz	Ansatz
			Ist 2003 EUR	2005 EUR	2006 EUR
671 10	660	Renditeanteil der ILB Haushaltsvermerk Ausgaben dürfen nur bis zur Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen bei Titel 154 10 geleistet werden. Erläuterung Die Entnahme für die ILB erfolgt gemäß § 2 Abs. 5 Geschäftsbe- sorgungsvertrag zwischen der ILB und dem MdF vom 15.06.1999	80.000 40.040,00	80.000	80.000
		Sonstige Ausgaben für Investitionen			
831 10	018	Ausgaben zur Wertpapieranlage Haushaltsvermerk Ausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 099 10, 099 20, 099 30, 134 10, 134 20, 154 10, 154 20	7.500.000 5.916.040,00	8.200.000	8.800.000
831 20	018	Ausgaben für sonstige Anlagen	508.694 475.984,76	550.894	590.794
		Gesamtausgaben	8.390.694 6.504.080,43	9.133.794	9.773.694

Haushaltsübersicht 2005

Verpflichtungsermächtigungen und deren Inanspruchnahme

Kap. Titel	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigungen	durch die Verpflichtungsermächtigung entstehende Rechtsverpflichtungen				
			2005	2006	2007	2008	2009 ff.
1.000 EUR							
1	2	3	4	5	6	7	
20 030	Kommunaler Finanzausgleich						
613 14	Ausgleichsfonds	21.108,5	7.208,6	7.711,0	6.188,9		
	Zusammen	21.108,5	7.208,6	7.711,0	6.188,9		

Haushaltsübersicht 2006

Verpflichtungsermächtigungen und deren Inanspruchnahme

Kap.	Titel	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigungen		durch die Verpflichtungsermächtigung entstehende Rechtsverpflichtungen		
			2005	2006	2007	2008	2009 ff.
1.000 EUR							
1	2		3	4	5	6	7
20 020	Allgemeine Bewilligungen						
	Titel aus Titelgruppe 62						
526 62	Sachverständige			11.000,0	5.500,0	5.500,0	
20 030	Kommunaler Finanzausgleich						
613 14	Ausgleichsfonds		21.108,5				
20 610	Kapitalvermögen						
	Titel aus Titelgruppe 60						
831 60	Zuweisungen an die Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH (FBS)			96.000,0	39.000,0	21.000,0	36.000,0
891 60	BBI Schienenverkehrsanbindung			22.000,0	16.000,0	6.000,0	
	Zusammen		21.108,5	129.000,0	60.500,0	32.500,0	36.000,0

Übersicht

über die landeseigenen und geleasten Dienstfahrzeuge

Kap.	Personenkraftwagen			Lastkraftwagen			Krafträder			Sonderfahrzeuge			Zusammen		
	Soll 2004	Soll 2005	Soll 2006	Soll 2004	Soll 2005	Soll 2006	Soll 2004	Soll 2005	Soll 2006	Soll 2004	Soll 2005	Soll 2006	Soll 2004	Soll 2005	Soll 2006
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
20 630 geleast	18 7	18 9	18 9	3	3	3				22	22	22	43 7	43 9	43 9
Zus. geleast	18 7	18 9	18 9	3	3	3				22	22	22	43 7	43 9	43 9